

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1848 bis 1863

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Erster Abschnitt: Der Sieg der Revolution (Frühling und Sommer 1848).

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6475

Die deutsche Revolution in den Flitterwochen.

Durch den elektrischen Telegraphen, der seine neu entdeckten und verwerteten Kräfte zum Teil schon in den Dienst der Revolution stellen konnte, verbreitete sich die Kunde der Pariser Ereignisse mit ungewohnter Schnelligkeit. Es waren sehr verschiedenartige Empfindungen, Hoffnungen und Befürchtungen, die sie besonders in Deutschland weckten. Noch schwebte über der neuen Republik, ihrem Wesen und ihren Absichten ein Dunkel, das zu erhellen es kaum ein anderes Mittel gab als die Erinnerung an die erste Republik. Wenn diese den rührigsten Eifer gezeigt hatte ihre Propaganda über die Grenzen nach Belgien und Italien, in Deutschland und die Schweiz hinüberzutragen, war da nicht auch von ihrer Nachfolgerin eine Bedrohung der Nachbarvölker zu befürchten? Der Gedanke, daß ein Angriffskrieg von Frankreichs Seite unausbleiblich erfolgen werde, fand weite Verbreitung. Wenn vorzugsweise die Regierungen und die konservativen Kreise ihm nachgingen, so war er doch auch den Liberalen und der großen Masse einleuchtend genug, und die unendliche Mehrheit war zum kräftigsten Widerstande, zum Aufgebote der gesamten Volkskraft entschlossen. Deshalb empfahl sich schon unter diesem Gesichtspunkte die Forderung der allgemeinen Bewaffnung, der Schaffung eines Volksheeres, das aus den schleunigst gerüsteten und eingeübten Bürgerwehren erstehen sollte. In den Augen der Liberalen war dieses Rüstzeug überdies eine Waffe gegen böswillige Regierungen und ein erster Schritt um die verhaßten stehenden Heere zu beseitigen. Je weiter die Parteien nach links standen und republikanischen Bestrebungen sich näherten, desto mehr mußte dieser Gesichtspunkt in den Vordergrund treten; der äußersten Linken galt die Volksbewaffnung überhaupt nicht mehr als eine Wehr nach außen, sondern als ein Werkzeug, das eines Tages sehr wohl gemeinsam mit den linksrheinischen Scharen gegen die deutschen Fürsten sich richten und die deutsche Republik ins Leben rufen konnte. Und diese äußerste Linke war die Partei, welche in diesen Tagen am schnellsten wuchs. Nicht gerade an Kopfzahl. Denn in dieser Hinsicht gewann unzweifelhaft der gemäßigte Liberalismus weit mehr; ihm schlossen sich jetzt, da es gefahrlos wurde und selbst zum guten Ton gehörte, die unzählbaren Massen der Gleichgültigen an; bei ihm suchten selbst die Konservativen eine Zuflucht und zeitweiliges Unterkommen. Aber das waren Ver-

Einbruch der
Februar-Re-
volution in
Deutschland.

Die Republi-
kaner.

stärkungen, die in der Stunde der Gefahr keine Kraft verleihen, die selbst im gewöhnlichen Lauf der Dinge zum Hemmschuh werden konnten. Die Republikaner hingegen erstanden eigentlich erst jetzt als große Partei; ihnen bot das, was eben in Paris geschehen, gleichsam die Gewähr für die Richtigkeit und Ausführbarkeit ihrer Grundsätze. Was waren denn die französischen Republikaner vor dem 22. Februar 1848 gewesen? Doch nur ein machtloses Häuflein, das kaum zu Wort hatte kommen können, und jetzt waren sie die Herren geworden. Daß unser Volk durch und durch monarchisch war und selbst der vorübergehende Sieg einer Minderheit, welche die Republikaner doch auch in Frankreich waren, durch den Mangel eines Mittelpunktes, der wie Paris ganz Deutschland beherrscht hätte, unmöglich wurde, bedachte man nicht oder wollte man sich nicht gestehen; der Republikanismus glaubte an sich, und dieser Glaube gab ihm eine Kraft, die er sonst nicht besessen hätte. Auch die Liberalen gewannen an Mut und traten entschiedener auf, als sie es ohne die Februarereignisse gethan haben würden. Aber neu war ihr Programm nicht, und überall war es auch ohne die Revolution im Vorschreiten begriffen, wie die frühere Darstellung gelehrt hat. Jetzt schoß die junge Pflanze plötzlich mächtig in die Höhe, trieb Blätter und Blüten und schien kräftig zu gedeihen; aber das Wachstum war zu schnell, nur in der Oberfläche haften die Wurzeln und „da die Sonne aufging, verdorrte es“. Mit Sturmeseile erreichte der Liberalismus seine Ziele und mehr als ihm bis dahin erreichbar dächte; es überkam ihn ein Gefühl der Allmacht, das ihn die Gegner vergessen ließ, die doch nicht vernichtet, sondern nur zurückgetreten waren. Er glaubte die Fundamente schon gelegt, die doch erst gelegt werden sollten, und begann auf dem lockeren Sande der Tagesmeinung und der Volksgunst den Prachtbau seines Idealstaates zu errichten, der um so schwankender wurde, je mehr er sich der Vollendung näherte, bis er endlich jäh zusammenbrach. Nur wenige wohnliche Gemäcker überdauerten den Einsturz, und das wertvollste Ergebnis der begeisterten und überhasteten Arbeit blieb schließlich die Thatfache, daß unser Volk wie in einem schönen Traum die Erfüllung seiner Wünsche verwirklicht gesehen hatte, und daß die Erinnerung daran ein Stachel war, der mächtiger als alles andere, sobald die erste Entmutigung vorübergegangen, zu neuem Ringen und zu bedachtsamerem Aufbau reizen mußte.

Baden.

Am schnellsten und lebhaftesten empfand die Einwirkungen der Februartage Südwestdeutschland und besonders das Grenzland Baden, dem ja seit Jahren schon die Führung der liberalen Partei zugefallen war, wie es eben erst durch Bassermanns Antrag auf Schaffung eines deutschen Parlaments neu bethätigt hatte. Schon am 27. Februar 1848 fand in Mannheim unter Mathys Vorsitz eine große Volksversammlung statt und stellte die vier Forderungen auf, welche alsbald den Rundgang durch Deutschland antraten: Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und deutsches Parlament. Bei keiner Regierung war es leichter diese

Forderungen durchzusetzen als bei der badischen, deren Mitglieder dem gemäßigten Liberalismus angehörten. Auch erklärte der Minister Bock schon am 29. Februar in der Kammer die Zustimmung des Großherzogs, und es fiel also jeder Grund hinweg einen besonderen Druck auszuüben. Aber gerade in Baden war die äußerste Linke, die der Republik sich zuneigte, schnell entschlossen das Eisen zu schmieden, solange es heiß sei. Zum 1. März strömten Abordnungen von allen Seiten in Karlsruhe zusammen; insbesondere erschien Gustav Struve, ein Advokat aus Mannheim, mit großem Geleit um der zweiten Kammer die Forderungen des Volkes zu empfehlen. Aufhebung der Karlsbader und der Bundestagsbeschlüsse von 1832 und 1834, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Ministerverantwortlichkeit, Abschaffung des Jagdrechts, Änderung des Ministeriums und der Bundesgesandtschaft und andere Forderungen, zwölf Punkte im ganzen, wurden von einem Ausschuß der Kammer aufgestellt und von der Regierung meist unumwunden bewilligt. Zum Gesandten für Frankfurt wurde Welcker ernannt. Ganz ohne bedenkliche Zeichen ging es schon in diesen Tagen nicht ab. Das Ministerium des Äußeren geriet in Brand, desgleichen zwei andere Häuser. Die Bevölkerung ergriff Angst; Tag und Nacht durchkreuzte die Bürgerwehr die Straßen; nicht ohne Besorgnis gewahrte man die Anwesenheit vieler Fremden aus den unteren Ständen; ein Sturm auf das Zeughaus, die Entführung des Großherzogs aus seinem Schlosse wurde befürchtet. Doch lief alles noch ohne schlimmeren Zusammenstoß ab. Auch sonst kam es im Lande vorerst nur zu zahlreichen Volksversammlungen, bei denen freilich schon das Wort Republik fiel und die Bauern zum Teil mit Sensen bewaffnet erschienen. Fast gleichzeitig mit Baden begann die Bewegung in Hessen-Darmstadt. Heinrich von Gagern stellte am 28. Februar in der Kammer den Antrag, der Großherzog möge zum Schutz der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands für die Bestallung einer deutschen Centralgewalt und eines deutschen Parlamentes wirken. Im Odenwalde zeigten sich die Anfänge republikanischer Wühlereien. Schon am 1. März waren die Wellenschläge dieser Bewegung so stark geworden, daß auch der Bundestag sie der Beachtung würdigte und sich in einer überraschend verbindlichen und verheißungsvollen Ansprache an die Nation wandte um sie zu belehren, daß nur durch Eintracht und gesetzliche Ordnung Deutschland in der stürmischen Zukunft, die möglicherweise nicht fern sei, auf die Stufe gehoben werden könne, die ihm unter den Völkern Europas gebühre. Zwei Tage später stellte ein Bundesbeschluß vom 3. März es jeder Regierung frei die Zensur aufzuheben und die Pressfreiheit einzuführen, eine Ermächtigung, die Baden und Württemberg sich schon selbständig genommen hatten. Denn auch Württemberg war durch Volksversammlungen in Stuttgart und Tübingen schon Ende Februar in den Kreis der Bewegung gezogen; die erste Märzwoche sah gleiche, zum Teil heftigere Volksszenen in Nassau, Kurhessen, Rheinpreußen, Thüringen

Hessen-Darmstadt.

Der Bundestag.

Das übrige Deutschland.

und Bayern; auch der Norden und Osten fing an sich zu rühren; in Hamburg, Bremen, Oldenburg kam es zu Unruhen, in Berlin, Breslau, Leipzig begann es zu gären. Erstaunlich schnell verloren überall die bisherigen Machthaber den Glauben an sich selbst und traten freiwillig zurück oder suchten durch Nachgiebigkeit die öffentliche Meinung zu begütigen. Fast überall nahmen in der ersten Hälfte des März die Führer der bisherigen Opposition die Ministerstühle ein: Römer, Pfizer, Dubernoy, Goppelt in Württemberg, Gagern in Darmstadt, Hergenbahn in Nassau, Wippermann in Kassel, Graf Bennigsen und Stüve in Hannover, Wydenbrugk in Weimar. Auch König Friedrich August II. von Sachsen wurde zu einem Ministerwechsel gedrängt und übertrug die Leitung des Staates dem Professor von der Pfordten und den bisherigen Führern der Opposition Braun, Georgi und Oberländer. Eine eigentümliche Färbung hatte die Bewegung in Bayern. Hier war die hauptstädtische Bevölkerung infolge der Lola Montez-Unruhen seit Monaten nicht aus dem Lärmen herausgekommen. Auch nach der Entfernung der Tänzerin hatte sich die Unzufriedenheit nicht gelegt; man verlangte die Entlassung des Ministers Berks, der mit Recht für eine Kreatur der Verhafteten galt. Während nach Nürnbergs Vorgang die übrigen Städte des Landes den König mit Adressen in freiheitlichem und deutschnationalem Sinne bestürmten, machten die Münchener ihrem Thatendrange am 2. März dadurch Luft, daß sie Berks die Fenster einwarfen. Einen Augenblick dachte der König an Widerstand; er ließ Generalmarsch schlagen und Kanonen vor dem Schlosse auffahren; doch ehe es zu ärgerem Blutvergießen kam, gab er nach. Berks wurde entlassen und eine königliche Ansprache vom 6. März kündigte die Erfüllung der Volkswünsche im weitesten Umfange an. „Bayerns König ist stolz darauf ein deutscher Mann zu sein! Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ so endete der Erlaß. An die Stelle des Ministeriums Wallerstein traten die Führer der Opposition, Thon-Dittmer und Beisler. Aber das beschwichtigte die lärmelustige Menge noch nicht. Das Gerücht, Lola Montez kehre zurück, rief am 16. März neue Unruhen hervor; so weit mußte König Ludwig den Schmerzensbecher leeren, daß er den Befehl erteilte seine Geliebte im Fall der Rückkehr auf die Festung zu bringen; dann aber ging ihm die Geduld aus; ohnmächtig gegen die Strömung der Zeit und angeekelt von dem stückweisen Aufgeben seiner Macht und dem widerwilligen Hinunterschlucken seiner eigenen Vergangenheit, entschloß er sich plötzlich zur Abdankung und vollzog diese mit der Hast, die ihm eigen war, am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilians II. Volle zwanzig Jahre war dem Entsagenden noch zu leben vergönnt; er sah seinen Nachfolger vor sich in die Gruft steigen und Wandlungen in Deutschland sich vollziehen, an denen mitzuwirken ihm keine Freude gewesen wäre. Er starb in Nizza am 29. Februar 1868. In Stein und Erz und als hochherzigem Förderer der Kunst in ihm ein dauerndes Gedächtnis gesichert; auch sein Ver-

Bayern.

Ludwigs Ab-
dankung.

diensft um die Befestigung der Zollvereins und sein warmer Philhellenismus wird nicht vergessen werden; aber die wahre Tugend des Regenten, unbefangene Würdigung der Zeit und selbstlose Hingabe an ihre Bedürfnisse, war dem eigenwilligen launenhaften Manne fremd, und weder Bayern noch Deutschland hatte Ursache zu klagen, daß er aus eigenem Antriebe vor der Zeit vom politischen Schauplatz abtrat.

Während so in München die Bewegung, unbeschadet ihres Zusammenhangs mit dem großen Strome der Ereignisse, doch ihren gesonderten Gang nahm, war von den Führern der übrigen süddeutschen Liberalen ein neuer Anstoß gegeben. Ihrer 51 waren sie am 5. März in Heidelberg zusammengekommen, hatten einen Siebener-Ausschuß gebildet, in dem Römer und Gagern, Welcker und Thstein saßen, und hatten durch diesen zum 30. März alle gegenwärtigen oder früheren Mitglieder deutscher Ständeversammlungen zu einem Vorparlamente nach Frankfurt geladen. Aufgabe desselben sollte es sein der Forderung eines frei gewählten deutschen Parlamentes größeren Nachdruck zu geben. Mit dem Bundestage ging es zu Ende. Wohl machte er gewaltsame Anstrengungen sich der neuen Zeit anzupassen; er kam zu der Einsicht, daß die Kraft Deutschlands wesentlich auf dem Bewußtsein der nationalen Einheit beruhe und daß dieses Bewußtsein der äußeren Zeichen bedürfe; er beschloß deshalb am 9. März den Reichsadler und das so grimmig verfolgte schwarzrotgoldene Banner zu Wappen und Farben des Bundes zu erheben; er erkannte auch die Notwendigkeit an, sich selbst durch volkstümlichere Kräfte zu verjüngen und ersuchte am 10. März die Regierungen für jede der 17 Stimmen einen Vertrauensmann nach Frankfurt zu senden um gemeinsam mit der Bundesversammlung eine Revision der Bundesverfassung zu beraten; aber selbst diese Mittel halfen ihm nichts; es half nichts, daß aus seiner Mitte die mißlieblichsten Gesandten schieden, daß unter den Vertrauensmännern sich ein Dahlmann, Uhland, Bassermann, Droysen, Gagern, Jordan, Servinus befanden. Das Volk sah voll Verachtung und Haß auf das Werkzeug, welches drei Jahrzehnte hindurch nur zu seiner Anebelung gedient hatte, und auch die Regierungen erwarteten nichts mehr von ihm. Nicht wenige unter den Märzministerien waren durchaus geneigt den Wünschen des Volkes nach strafferer Einheit und einem deutschen Parlamente entgegenzukommen; noch ehe die Vertrauensmänner über die geeignete Form berieten, wurden Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett gepflogen, besonders unter den südwestdeutschen Staaten, die Max von Gagern im Auftrag seines Bruders Heinrich auf einer Rundreise zum Anschluß an Preußen zu bestimmen suchte. Auch Friedrich Wilhelm IV. hatte gleich in den ersten Tagen der Bewegung seine Reformpläne eifriger zu betreiben begonnen; schon am 2. März war Radowitß nach Wien geschickt und hatte dort die Berufung eines Fürstentages nach Dresden auf den 25. des Monats durchgesetzt. Aber ehe dieser Vorsatz zur That werden konnte, hatte die Revolution auch Wien und Berlin ergriffen und hier wie dort die Lage von Grund aus geändert.

Das Vorparlament.

Der Bundestag und die Regierungen.

Österreich.

In Österreich mußte die Nachricht von der Februarrevolution um so leichter zünden, als in Ungarn wie in den italienischen Provinzen die Gärung schon vorher einen hohen Grad erreicht hatte. Dazu kamen beängstigende Gerüchte über den Stand der Finanzen, der wirklich auch so schlecht war, daß man gerade das Anerbieten einer russischen Geldunterstützung angenommen hatte. Die Pariser Vorgänge untergruben nun den letzten Rest des Vertrauens; man begann die Sparkassen zu stürmen um seine baren Einlagen zu retten; man verweigerte die Annahme der Banknoten, deren Einlösbarkeit in Frage gestellt schien. Eine klare Darlegung des Standes der Nationalbank konnte vielleicht den allgemeinen Schreck noch beschwichtigen, und deshalb forderte der Abgeordnete Balogh im ungarischen Reichstage die Regierung am 3. März dazu auf. Aber seine Rede und sein Antrag entsprachen bei weitem nicht den hochflutenden Bogen der Tagesströmung. Kossuth war es, der dieser in mächtigen Worten Ausdruck gab. Für die Quelle alles Übels erklärte er die absolutistische Politik der Staatskonferenz, aus deren Beinkammern eine verpestete Luft wehe, welche die Nerven lähme, den Flug der Geister banne. Er forderte, daß der kaiserliche Thron sich mit konstitutionellen Einrichtungen umgebe, daß allen Ländern Österreichs eine Verfassung verliehen werde, daß Ungarn insonderheit eine nationale Regierung aus dem Schoße der Reichstagsmehrheit erhalte, und er forderte das mit so hinreißender Beredsamkeit, mit so rückhaltslosem Ungestüm, daß die Ständetafel einmütig seinem Verlangen zustimmte und die Magnaten nach einigem Zögern sich gleichfalls anschlossen.

Der ungarische Reichstag.

Gärung in Wien.

Diese Szenen im Preßburger Reichstage steigerten begreiflicherweise die Aufregung in Wien. Freilich fehlte es hier an einem Organ, durch welches sich die Volkswünsche hätten vernehmbar machen, in dem sie überhaupt nur hätten zur Klarheit gelangen können. Nicht in einem Brennpunkte sammelte sich hier die Bewegung, sondern in den verschiedensten Richtungen durchwühlte sie die Bevölkerung. Selbst in den allerhöchsten Schichten war eine leidenschaftliche Unzufriedenheit verbreitet. Der Erzherzog Johann, die Erzherzogin Sophie und ihr Gemahl, des Kaisers Bruder und Nachfolger Franz Karl, grollten mit Metternich, der sie von jedem Anteil an der Regierungsgewalt ausschloß. Im Schoße der österreichischen Stände, deren regelmäßiger Zusammentritt am 13. März bevorstand, hatte sich eine Oppositionspartei gebildet, Schmerling, Doblhoff u. a. an der Spitze, welche die Aufhebung der Zensur und einen Ausschuß der sämtlichen Provinzialstände zu fordern entschlossen war. Den besitzenden Bürgerstand drückte besonders die Erschütterung des Kredites und die Angst vor kommunistischen Bewegungen; er fand sein Organ in dem Gewerbeverein, und diesem fiel in der Hauptstadt das erste Wort zu. In Anwesenheit seines Beschützers, des Erzherzogs Franz Karl, und des Grafen Kolowrat beschloß er am 6. März auf den Antrag eines reichen Industriellen,

Arthaber, eine Ergebenheitsadresse, die aber zugleich engen Anschluß der Regierung an die Stände und die Bürger erbat. Entschiedener lauteten die Forderungen einer Eingabe, zu welcher sich die gelehrten Stände, die Mitglieder des juristisch-politischen Lesevereins aufschwangen; sie verlangten unumwunden eine Repräsentativverfassung nach französischem Muster mit allen Rechten, die der konstitutionelle Katechismus vorschrieb. Endlich wollten auch die Wiener Studenten nicht zurückbleiben und entwarfen eine Adresse, die Lehr-, Lern-, Glaubens-, Rede- und Pressfreiheit beanspruchte. Die leitenden Kreise waren diesem unerhörten Gebaren gegenüber ratlos; anfangs zwar kümmerten sie sich wenig darum und Metternich spottete derer, welche eine Revolution in Wien für möglich hielten. Aber selbst wohlgesinnten Diplomaten erschien der Staatskanzler damals wie ein kindgewordener Greis, der schwach, stocktaub und fast zum Schatten zusammengeschrumpft sich in längst verbrauchte Phrasen eingepuppt habe. Von dem bedauernswerten Kaiser war natürlich kein Entschluß zu erwarten; höchstens konnte man ihn gebrauchen um einige Deputationen zu empfangen und mit freundlichen Worten abzuspeisen. Die fromme Kaiserin blieb den ganzen Tag mit ihrem Beichtvater eingeschlossen und suchte das Übel wegzubeten. Auch der prinzlichen Opposition fehlte es an dem rechten Mute vorzugehen; die einzige einiges Vertrauen einflößende Persönlichkeit war die Erzherzogin Sophie. Inzwischen wurde die Lage täglich unbehaglicher und nicht ohne Bedenken sah man dem 13. März, dem Zusammentritt der Stände, entgegen: es schien geraten den Forderungen, welche diese stellen würden, einen Schritt entgegenzuthun. Nach einer langen Beredung, die Metternich mit ihrem Vorsitzer, dem Grafen Montecuccoli, hatte, beschloß die Staatskonferenz am Abend des 12. März die Berufung eines ständischen Ausschusses aus allen Provinzen zu versprechen.

Der 13. März.

Bald sollte sich zeigen, daß diese Maßregel verspätet und ungenügend sei. Früh am 13. März versammelten sich die Studenten um die Antwort zu vernehmen, welche der Kaiser den Überbringern ihrer Adresse, den Professoren Hye und Endlicher, erteilt habe. Wenig zufrieden mit der Auskunft, die ihnen wurde, begaben sie sich in Masse auf den Hof des Ständehauses, wo eben die erste Sitzung begann. Tausende von Bürgern gesellten sich zu ihnen, des Ausgangs der Beratungen zu warten. Natürlich verhielt sich die Menge nicht stumm; einzelne Redner traten auf; ein jüdischer Arzt, namens Fischhof, sprang auf das Dach des Brunnens im Ständehof, ließ die Freiheit, die Ungarn und die Italiener leben, ein Student verlas die Rede Kossuths vom 3. März; die Stimmung wurde lebhafter, ungeduldiger; man rief einzelne beliebte Ständemitglieder, die aus den Fenstern zum Volke redeten; man schickte eine Abordnung in den Ständesaal, große Haufen drangen in die Gänge ein; man wollte wissen, was drinnen beschlossen sei: da meldete ein Bettel, der hinabgeworfen wurde, daß die Stände wirklich weiter nichts als einen Vereinigten Ausschuß verlangten. Fast gleich-

zeitig kam die Botschaft, daß Truppen im Anmarsch seien. Nun riß die Geduld, der Unwille brach los, die Massen stürzten in den Ständesaal und bedrohten die Mitglieder. Schnell entschlossen erklärte der Vorsitzende, die Stände würden sich zum Kaiser begeben um ihm den Willen des Volkes vorzutragen. Als bald verwandelte sich der Zorn in Jubel, und begleitet von einem Teil der Versammelten begab sich Montecuccoli mit den Ständen in die Hofburg. Hier war die Staatskonferenz versammelt, völlig unklar was sie gewähren, was sie verweigern sollte; der Kaiser selbst wie immer gänzlich willenlos; aber auch Metternich unsicher in dem Gefühl, daß ihm der Boden unter den Füßen entschwinde, seine höfischen Gegner ohne Mut sich an seinen Platz zu drängen. Man versuchte also sein Heil zuerst mit der allgemeinen Zusage das zweckdienlichste in Erwägung ziehen zu wollen. Aber diese zweifelhafte Beschwichtigung verlor jede Kraft, als die Kunde kam, daß in den Straßen Blut geflossen sei. Bald nachdem die Stände in die Hofburg gezogen, waren Truppen unter Erzherzog Albrechts Befehl beim Landhause erschienen. Aus den oberen Räumen desselben wurden Möbel herabgeschleudert, der Erzherzog selbst wurde getroffen, und plötzlich erfolgte eine Gewehrsalve. Nun stob zwar die Menge auseinander, aber durch die ganze Stadt ertönte der Ruf: Fort mit Metternich, fort mit dem Militär! Die Bürgergarde trat unter die Waffen und Bürgeroffiziere eilten mit anderen angesehenen Männern in die Hofburg um dort den Gang der Dinge zu beschleunigen. Noch war Metternich um nichts bereiter nachzugeben als vorher. Einige Juden, Polen und Franzosen, so meinte er, hätten den Krawall angestiftet. Aber nachdrücklich wurde ihm entgegnet, es sei kein Krawall, es sei eine Revolution. Immer neue Abordnungen kamen herbei; die Staatskonferenz war förmlich belagert; die Studenten ließen durch den Rektor Waffen fordern um die Ordnung aufrecht zu erhalten; es wurde zugesagt; auch ein Preßgesetz wurde versprochen; Metternich ging mit dem Erzherzog Ludwig in ein Nebenzimmer es aufzusetzen. Da ertönte aus der Versammlung der Ruf, stürmischer und immer stürmischer: Abdanken! Abdanken! Selbst der Erzherzog erklärte ihm jetzt, die Sicherheit der Residenz hänge von seinem Rücktritt ab; Graf Breunner übernahm die Bürgschaft, daß in diesem Falle die Ruhe erhalten werde. So blieb dem Kanzler keine Wahl: er habe stets von seinem Standpunkt aus für das Heil der Monarchie gewirkt; glaube man dieses Heil durch ihn gefährdet, so sei es für ihn kein Opfer seinen Posten zu verlassen. Jubelnd stürzten die Volksmänner auf die Straße um dort zu verkünden, daß alles bewilligt sei; die Studenten eilten in die Zeughäuser sich zu bewaffnen; eine allgemeine Beleuchtung gab der Freude der Bürger Ausdruck, der Pöbel unterhielt sich damit die Zollhäuser zu plündern und der Freiheit zu Ehren anzustecken. Am nächsten Tage verkündeten kaiserliche Verordnungen die Entlassung Metternichs, die Aufhebung der Zensur, die Begründung einer Nationalgarde; aber völlig gebrochen war der Widerstand

Metternichs
Sturz.

der leitenden Kreise auch jetzt noch nicht: kein Liberaler wurde ins Ministerium berufen; den Oberbefehl in Wien erhielt Fürst Windischgrätz, ein strenger Aristokrat, nach dessen Meinung der Mensch erst beim Barone anfang, und die am 15. März erteilte Zusage, eine Reichsversammlung zu berufen um „die Konstitution des Vaterlandes“ zu beraten, versprach nichts anderes als die Vertreter der Provinzialstände zu diesem Zwecke anzuhören. Für die Wiener aber war das eine untrügliche Kennzeichen ihres Sieges die Beseitigung Metternichs. Bis zum Abend des 14. März war der Kanzler noch in der Stadt geblieben; dann flüchtete er nach dem einige Stunden von Wien gelegenen Schlosse Feldsberg, wo ihm Fürst Liechtenstein eine Zuflucht bot. Allein schon am 22. März schien auch dieser Aufenthalt nicht mehr sicher, und nicht ohne mancherlei Beängstigung eilte nun der greise Staatsmann über Olmütz und Prag, Dresden und Hannover nach Holland und von da Ende April nach England. Seine politische Rolle war ausgespielt; wohl blieb er auch fernerhin noch das vielbefragte Orakel der alten Diplomatie, aber wie er selbst kein Verlangen trug wieder thätig in die Weltgeschichte einzugreifen, so dachte man auch in Wien, selbst als die Reaktion ihre Triumphe feierte, nicht daran ihn anders als gelegentlich um Rat zu fragen. Bis in den Herbst 1851 lebte er in London, Brighton, Brüssel und auf seinem Schlosse Johannisberg; dann kehrte er nach Wien zurück und fand bei dem jungen Kaiser eine herzliche und ehrenvolle Aufnahme. Die Schlacht von Magenta war das letzte Ereignis, das er erlebte; wenige Tage darauf, am 11. Juni 1859, starb er sechsundachtzigjährig.

Der siegreiche Ausgang der Wiener Revolution war, insofern er das Metternichsche System gestürzt hatte, von höchster Wichtigkeit für Deutschland, dessen Neugestaltung ohne jenes Ereignis kaum möglich zu sein schien. Aber ungleich wichtiger war die Art, wie in Berlin die neue Zeit sich äußerte. Vielleicht durfte man hoffen, es werde dort auch ohne Volkserhebung sich ein Umschwung vollziehen, der den König befähigte an Deutschlands Spitze zu treten. In der That war der größte Schritt zu diesem Ziele doch 1847 schon freiwillig von ihm gethan. Die Berufung des Vereinigten Landtags hatte Preußen in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingeführt und eine Volksvertretung geschaffen, mit deren Hilfe eine Verfassung, wie das Land sie wünschte, auf ordnungsmäßigem Wege ins Leben gerufen werden konnte. Es hing nur von dem Willen des Fürsten ab diesen Weg zu betreten, und konnte man nicht hoffen, daß die ernste Erwägung dessen, was die ersten Monate des Jahres 1848 gebracht, diesen Willenschluß herbeiführen würden? Leider besaß Friedrich Wilhelm IV. nicht die Unbefangenheit um durch rechtzeitige Zugeständnisse unberechtigten Forderungen zuvorzukommen. Die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit hatte er mit der leidenschaftlichsten Teilnahme verfolgt, besonders die Ereignisse in der Schweiz. Den Radikalismus, welcher dort zur Herrschaft gelangt war, haßte er aus tiefster Seele; ganz Europa glaubte er gefährdet durch

Preußen.

Der König.

den Sieg einer Sekte, der er vorwarf wissentlich von Gott, vom Christentum, von allem bestehenden Recht abgefallen zu sein; und was schlimmer war, er stellte die deutschen Liberalen, diese Konstitutions- und Majoritätsanbetenden Schöpfer und Intriganten, wie er sie in vertraulichen Briefen nannte, ohne weiteres auf eine Stufe mit den Schweizer Radikalen. Schon Ende 1847 war er fest überzeugt, daß eine allgemeine europäische Verschwörung bestehe, zu deren Genossen er unbesehen auch die „Heppenheimer Demagogen“ rechnete. Somenig es daher in seiner Absicht lag auf dem Wege, den er durch die Berufung des Vereinigten Landtages eingeschlagen, stehen zu bleiben, sowenig konnte er sich entschließen die Kluft zu überbrücken, die seine Absichten von den Wünschen der Tagesmeinung schied. Nur äußerer Zwang konnte ihn bewegen den Boden, welchen er als den historischen zu betrachten liebte, zu verlassen und den Pfad einzuschlagen, auf welchen der Liberalismus ihn zu drängen wünschte. Aber selbst so war eine friedliche Verständigung noch denkbar, wenn er die Ausbildung der Einrichtungen, die er begründet, nur schneller betrieb. Vom 17. Januar bis zum 7. März 1848 tagten in Berlin die Ausschüsse, welche der Vereinigte Landtag am 25. Juni gewählt hatte; ihre Aufgabe bestand in der Begutachtung eines neuen Strafgesetzbuches. Als sie mit dieser Arbeit fertig waren, entließ sie der König mit einem Versprechen, dessen Ausführung noch vier Wochen früher ungetheilten Dank geerntet haben würde: er verhieß, bewogen durch seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, dem Vereinigten Landtage die regelmäßige Einberufung, welche dieser als sein Recht beanspruchte. Aber am 7. März genügte dieses Zugeständnis nicht mehr. Schon hatte die französische Umwälzung ihre Wirkungen in Süddeutschland geübt, und Berlin lauschte mit gespanntester Aufmerksamkeit auf jede Kunde eines neuen Sieges, den die Sache der Freiheit in dieser oder jener Hauptstadt des Südens errungen. Zu allem Überflusse trafen noch aus den rheinpreussischen Städten, aus Sachsen und Schlesien Nachrichten von Volksbewegungen ein. Alles beschränkte sich freilich vorerst noch auf Versammlungen und Adressen; aber auch das war ja schon etwas Unerhörtes und erweckte mit der lebhaftesten Teilnahme zugleich das Verlangen der Hauptstädter, nicht hinter der Provinz zurückzubleiben. An Männern, die voll Eifer für die gute Sache, aber auch voll persönlichen Ehrgeizes, dieses Verlangen nährten, fehlte es nicht. Mit etwas Leidenschaft und Beredsamkeit war es leicht, eine begeisterte Zuhörerschaft um sich zu sammeln und durch kräftige Schlagworte sich einen billigen Beifall zu erwerben. In unglaublich kurzer Zeit sah Berlin eine Menschenklasse wie Pilze aus der Erde hervorschießen, die es bis dahin noch nicht gekannt hatte, jugendliche Demagogen ohne Vergangenheit und Zukunft, die durch schönklingende Redensarten eine wohlfeile Berühmtheit und damit eine Belohnung fanden, die umsomehr lockte, je ärmer gerade die Hauptstadt an politischen Namen war, die angestrongter Arbeit und wirklichem Verdienste einen

Die Vereinigten Ausschüsse.

Gärung in Berlin.

volkstümlichen Klang verdankten. In Kaffeehäusern, Lesezimmern und Konditoreien nahm die Sache ihren Anfang; der Glückliche, welcher die neueste Zeitung zuerst eroberte, stieg auf Tisch oder Stuhl und las sie vor; an das Vorlesen knüpften sich ungezwungen erst einzelne Bemerkungen, dann umständlichere Betrachtungen, wohl gar Aufforderungen. Ein Zweiter redete — und unversehens war ein politischer Klub entstanden, der zwar gleich wieder zerrann, aber auch ebenso leicht in der nächsten Stunde sich erneuerte. Nachdem dies Treiben einige Tage gewährt hatte, befriedigte es nicht mehr; man verlangte, den Gesetzen zum Trotz, ordentliche Volksversammlungen, und da der Polizeipräsident von Minutoli Nachgiebigkeit für das beste Mittel hielt um Einfluß auf die Führer zu gewinnen, so konnte wirklich am 7. März bei den Zelten im Tiergarten eine Versammlung veranstaltet werden. Sie nahm den besten Verlauf; eine Adresse an den König wurde beschlossen, welche neben den üblichen Forderungen des Tages auch die schleunige Einberufung des Vereinigten Landtages erbat; ihre Überreichung an den Monarchen verhinderte Minutoli durch eine Besprechung mit den dazu gewählten Abgeordneten; es gelang ihm ohne Mühe sie zu bewegen ihren Auftrag durch Vermittlung der Stadtpost auszurichten. Die „hochverrätherischen Judenjungen“, wie die Bossische Zeitung die neu auftauchenden Größen kurzweg betitelte, waren noch lenksam und unsicher genug. Aber jeder Tag verstärkte ihre Stellung und ihr Selbstbewußtsein. Die verbindliche Haltung des Polizeipräsidenten, ein halbes Zugeständnis des Königs, der am 8. März das Ministerium beauftragte die Einführung der Pressefreiheit am Bunde mit Eifer zu betreiben, vor allem der steigende Besuch und die kühnere Sprache der Volksversammlungen, die nun alltäglich stattfanden, alles das gab den Führern einen Rückhalt und eine Bedeutung, die ihre kühnsten Erwartungen übertraf. Aber je mehr ihr Mut wuchs, desto leichter machten sie sich auch mit dem Gedanken einer wirklichen Umwälzung vertraut; unmerklich, aber unweigerlich wurden sie in Bahnen gedrängt, die wenige Tage zuvor sie noch mit unheimlichem Bangen erfüllt haben würden. Es fehlte nicht an Revolutionsmännern, die auf die Kunde dessen, was in Berlin sich vorbereitete, aus Frankreich, Polen und Süddeutschland herbeieilten und planmäßig auf den Umsturz hinarbeiteten; die Polizei wußte davon, konnte aber die Übelthäter nicht ausspüren, und selbst wenn sie ihrer Personen sich bemächtigt hätte, die Ideen konnte sie nicht verhaften. Der französische Gedanke eines Arbeiterministeriums tauchte auf und fand Beifall. Daß die begüterten und gebildeten Klassen sich scheu zurückhielten, daß die Stadtverordneten es ablehnten eine Adresse der Volksversammlung vom 9. März dem König zu überbringen, daß Offiziere und Hofleute mit Gesindel, Rackern und Lumpenpack um sich warfen und einen kleinen Aufstand, der blutigen Unterdrückung gewiß, mehr herbeiwünschten als fürchteten, erhöhte die Erbitterung. Man gewöhnte sich an die Vorstellung eines blutigen Zusammenstoßes. Als den gefährlichsten Gegner

Volksversammlungen.



Der Prinz von
Preußen.

betrachtete man den Prinzen von Preußen. Es war deshalb ein glücklicher Gedanke des Königs diesen dadurch aus Berlin zu entfernen, daß er ihm den Oberbefehl über das Heer zuwies, welches er am Rheine aufstellen wollte. Friedrich Wilhelm glaubte nämlich fest, die französische Republik werde einen Eroberungskrieg gegen Belgien und Deutschland beginnen. Um das zu verhüten bemühte er sich eine feierliche Erklärung der vier Großmächte, daß sie mit vereinten Kräften sich jeder Gebietsverletzung widersetzen würden, zustande zu bringen; allein trotz seines eigenhändigen Briefes an die Königin Victoria wollte das englische Ministerium von einer solchen Verständigung nichts wissen. Umsomehr glaubte er Preußens eigene Macht für alle Fälle bereit halten zu müssen. Sein Bruder sollte sie befehligen. Schon war dieser Entschluß kein Geheimnis mehr und die Abreise des Prinzen vorbereitet, als der König Gegenbefehl erteilte. Die Behörden der Rheinprovinz hatten ihm mit grellen Farben die dortige Unzufriedenheit geschildert und erklärt, die Ankunft des unbeliebten Prinzen werde alles verderben. Aber sein Bleiben in Berlin verdarb noch viel mehr. Denn was konnte diese plötzliche Willensänderung anderes bedeuten, so fragte man sich, als den Entschluß in der Hauptstadt selbst es zum Bruch zu treiben und dem Prinzen hier, am entscheidenden Orte, die Leitung zu übertragen? Wirkungslos blieb es, daß der König gleichzeitig, am 14. März, ein paar entgegenkommende Schritte that, daß er den Vereinigten Landtag auf den 17. April einberief und ankündigte, er habe gemeinsam mit Oesterreich die deutschen Regierungen nach Dresden eingeladen um über die Umgestaltung des deutschen Bundes zu beraten. Weit mehr als darauf achtete man auf die kriegerischen Vorsichtsmaßregeln, die in Berlin getroffen wurden, auf die Reiterschwadronen am Brandenburger Thor, die Truppen im Schloß und im Zeughaus, die Kanonen an verschiedenen Punkten der Stadt, auf die berittenen Gendarmen und Patrouillen, die Offiziere und Ordonnanzen, die geschäftig hin und her eilten. Es mehrten sich die Fälle, in denen Zusammenrottungen durch bewaffnetes Einschreiten auseinander getrieben wurden; auch einzelne Verwundungen und Tötungen kamen seit dem 13. März vor. Noch erhitzter wurde die Stimmung auf beiden Seiten als am 15. März die Nachricht von der Revolution in Wien einlief. Vor dem Schlosse und in dessen Umgebung sammelten sich große Menschenmengen; Kavallerie und Infanterie rückten an und jagten sie auseinander. Auch diesmal ging es noch ohne das ärgste ab; viel war dabei den menschenfreundlichen und schonenden Weisungen zu danken, welche der Kommandant von Berlin, General von Pfuel, erteilte. Am 16. und 17. blieb die Ordnung so ziemlich gewahrt. Der König war selbst von Potsdam nach Berlin gekommen und empfing eine Reihe von Abordnungen aus den Rheinlanden, Preußen und Schlesien, die ihn dringend um die Gewährung der Volkswünsche baten. Der Ernst der Lage blieb ihm nicht verborgen; er sprach sich gütig und verheißungsvoll aus und genehmigte wirklich in

Entgegenkom-
ment des Königs.

Zusammen-
stöße.

Der 18. März.

der Nacht zum 18. einen Erlaß, welcher den Landtag schon auf den 2. April einberief und zugleich die Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat, die Schaffung eines deutschen Parlamentes und die Einführung konstitutioneller Regierungen in den Einzelstaaten als die Vorschläge bezeichnete, welche der König seinen Bundesgenossen machen werde. Der Eindruck dieses Erlasses war ein vortrefflicher. Bald nachdem er bekannt geworden, mittags gegen 2 Uhr am 18. März, zog das Volk in dichten Scharen vor das Schloß um den König jubelnd zu begrüßen. Dankend nahm dieser die Huldigung vom Balkon entgegen und zog sich dann in das Zimmer zurück. Das Volk aber blieb am Platze, hier und da wurde der Erlaß mit lauter Stimme verlesen, und die Aufforderung nunmehr nach Hause zu gehen, die erst der Minister von Bodelschwingh und dann der Offizier der Schloßwache erließ, fand keine Beachtung. Im Gegenteil, es ward der Ruf laut, das Militär solle sich aus dem Schlosse entfernen. Graf Arnim-Bohnenburg, der frühere Minister, eilte zum König um diesen dafür zu gewinnen. Plötzlich fielen zwei Schüsse; ungehört verhallte die Erklärung, daß die Gewehre zufällig losgegangen seien; in wilder Hast jagte die Menge auseinander, Berrät schreiend und Waffen fordernd. Noch wurde kein Widerstand geleistet, aber jeden Augenblick konnte er sich herausbilden. Ihn im Keime zu unterdrücken brachen die Truppen aus dem Schlosse hervor; eine Gewehrsalve erfolgte, Dragoner sprengten heran und hieben ein, Tote und Verwundete blieben auf dem Platze. Aber schnell wie der Angriff regelte sich der Widerstand. In verschiedenen Straßen wuchsen Barrikaden empor; die Waffenläden wurden geplündert, Steine auf die Dächer geschleppt, die Zwischenwände der Häuser durchbrochen um Verbindungswege im Inneren herzustellen. Studenten und junge Litteraten warfen sich zu Führern auf; Hunderte von Arbeitern, besonders aus der Vorsigschen Maschinenfabrik, erschienen, mit Eisenstangen bewaffnet; ein erbitterter Kampf begann in der Umgebung des Schlosses. Alle Beschwichtigungsmittel scheiterten. Mit gellendem Hohn wurde die weiße Fahne begrüßt, die der König auf der langen Brücke mit der Inschrift: Mißverständnis! aufpflanzen ließ. Andererseits wies der Herrscher, freundlich aber fest, die Abgesandten zurück, die, von dem Bischof Neander und dem Buchhändler Reimer geführt, ihn um Zurückziehung der Truppen baten. An Pfuels Stelle erhielt der General von Prittwitz den Oberbefehl. So brach die Nacht herein, und trotz Ermüdung und Dunkelheit dauerte der Kampf fort. Schrittweise gewannen die Truppen Boden. Um Mitternacht beherrschten sie das ganze Stadtviertel zwischen den Linden und der Leipzigerstraße; ostwärts waren sie bis zum Alexanderplatze vorgedrungen. Trotz der begreiflichen Ermüdung der Soldaten standen die Sachen also sehr günstig, aber die Fortdauer des Kampfes am nächsten Tage war doch nicht ausgeschlossen. Um sie womöglich abzuwenden entschloß sich der König zu einem neuen versöhnlichen Schritt. Ein Aufruf: „An meine Der 19. März.

lieben Berliner“ wurde entworfen und am frühen Morgen verbreitet. In warmen Worten bat der Monarch die Bewohner seiner Hauptstadt sich nicht von einer Rottte fremder Bösewichte verleiten zu lassen; nur gezwungen hätten die Truppen von den Waffen Gebrauch gemacht; sobald die Barrikaden entfernt seien, solle auch das Militär zurückgezogen werden; mit seinen eigenen Bitten verbinde er die der liebevollen, leidend daniederliegenden Königin, der wahrhaft treuen Mutter und Freundin ihres Volkes. Allein für diese Sprache gab es kein Gehör mehr, seit der König mit Kanonenkugeln zu seinen lieben Berlinern geredet hatte. Auch gemäßigtere Männer forderten zuerst die Zurückziehung der Truppen; nicht früher werde das Volk die Barrikaden räumen. Neue Abgesandte erschienen am Morgen des 19. im Schlosse, die Bürgermeister Krausnick und Naunyn, der Stadtrat Duncker und andere Männer von unzweifelhafter Ergebenheit. Der König fühlte sich erschüttert; nach einer langen Beratung erteilte er den Befehl die Truppen aus den Straßen auf das Schloß hin zurückzuziehen. Das Ministerium Bodelschwingh wurde entlassen; Graf Arnim-Bohnenburg, Alfred von Auerswald, Graf Schwerin bildeten ein neues Kabinett; die Bewaffnung der Bürger wurde zugestanden. Sobald diese Nachrichten bekannt wurden, entstand ein allgemeiner Jubel; ein übermütiges Siegesgefühl bemächtigte sich der Barrikadenkämpfer; daß die Truppen nicht nach dem Schlosse zu, sondern durch eine Mißdeutung des königlichen Befehles aus der Stadt hinaus sich zurückzogen, erhöhte die Zuversicht und das Behagen der Sicherheit. Die Massen wälzten sich zum Schloß, die Leichen der Erschlagenen mit sich führend. Ungestüm erscholl das Verlangen, daß der König sich zeige; zögernd erschien er am Arm der halbohnmächtigen Gemahlin und gezwungen durch den donnernden Ruf der Menge entblößte er sein Haupt die Opfer des Kampfes zu grüßen. Da begann eine Stimme den Choral: Jesus meine Zuversicht, das Volk fiel ein, und als das Lied geendet, zogen sich die Massen mit ihren Märtyrern zurück und das Königspaar begab sich wieder in den Palast. Der Rest des Tages verlief in leidlicher Ordnung; Handlungen der Rache kamen nur vereinzelt vor; der bestgehaßte Mann, des Königs Bruder Wilhelm, der Kartätschenprinz, wie das Volk ihn als den wahrscheinlichen Urheber des Eingreifens der Truppen nannte, hatte auf Befehl des Königs Berlin verlassen und sich über Hamburg nach London begeben; an seinem Palaste prangte in riesigen Kreidebuchstaben die Inschrift: Nationaleigentum. Abends strahlte die Stadt im Glanze einer allgemeinen Beleuchtung. Der nächste Tag brachte die ersten Maßregeln des neuen Ministeriums: der König erteilte volle Begnadigung; im Triumphe wurden besonders die befreiten Polen, unter ihnen Mieroslawski, durch die Straßen geführt. Alle Wachtposten in der Stadt und im Schlosse wurden von der Bürgerwehr, die sich unter Minutolis Befehl gestellt, und von den Studentencorps bezogen. Noch tauchten von Zeit zu Zeit ängstliche Gerüchte auf: der König sollte auf Flucht sinnen, der Prinz von Preußen mit rus-

Ministerium
Arnim.

Die Leichen im
Schloßhof.

Die Begna-
digung.

sich
ver
Ma
Na
des
sche
nell
Kön
der
sch
rotz
Vol
spr
als
ich
daß
war
den
gan
fahr
trau
Die
Min
und
gew
dem
Haß
183
Sch
zwei
wäh
dem
dem
war
den
lutie
Die
Berl
Woe
im
alle
voll
Nor
184

fischen Truppen heranziehen. Um das wankende Vertrauen zu befestigen veranlaßten seine Ratgeber den König zu einer neuen Kundgebung. Am Morgen des 21. März erschien eine Ansprache der Minister an „die deutsche Nation“. Zur Rettung Deutschlands habe sich der König an die Spitze des Gesamt Vaterlandes gestellt; mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation geschmückt werde er sich dem Volke zeigen, als konstitutioneller Fürst, als Führer des gesamten deutschen Volkes, als der neue König der wiedergeborenen deutschen Nation. Und wirklich durchritt der Monarch, umgeben von Prinzen, Ministern und Generalen, mit schwarzrotgoldnem Bande geschmückt, unter Vorauftragung des schwarzrotgoldenen Banners, um Mittag die Straßen der Hauptstadt. Wo sich Volksmassen oder Körperschaften ihm entgegenstellten, hielt er an und sprach zu ihnen in gewichtigen schwungvollen Worten. Die Begrüßung als Kaiser von Deutschland lehnte er ab: Ich will mir nichts anmaßen, ich will keine Krone; ich habe nur gethan was schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, sich an die Spitze des Volkes stellten. Was er so hier und da den einzelnen gesagt, verkündete er abends durch eine Ansprache dem ganzen Volke: Ich übernehme heute die Leitung für die Stunde der Gefahr; mein Volk wird mich nicht verlassen und Deutschland mit Vertrauen sich mir anschließen; Preußen geht fortan in Deutschland auf. Die Berliner wurden durch diese Vorgänge lebhaft gepackt; was die Minister erstrebten ward wirklich erreicht; die Stimmung beruhigte sich und das Verhältnis der Massen zu ihrem Könige gewann wieder eine gewisse Innigkeit; auch das Volk erteilte Verzeihung. Am nächsten Tage, dem 22. März, sollte mit den Leichen der Gefallenen aller Groll und Haß in die Gruft gesenkt werden. In feierlichem Zuge wurden die 183 Särge von der Neuen Kirche auf dem Gendarmenmarke am Schlosse vorbei in den Friedrichshain getragen; entblößten Hauptes zwischen gesenkten Trauerfahnen ließ der König sie an sich vorüberziehen, während die Glocken von allen Thürmen der Stadt erklangen und auf dem Opernplatze der Domchor ein ergreifendes Trauerlied sang. Über dem Grabe sprach der Bischof Neander den Segen. Der wilde Sturm war vorübergebraust, und körperliche wie geistige Ermattung begünstigte den weihvollen Akt, der soviel Irrungen und Leidenschaft in die Tiefe senkte.

Der Ritt durch
Berlin.

Das Leichen-
begräbniß.

Schleswig-
Holstein.

Gegenüber den Ereignissen in der Hauptstadt konnten die revolutionären Zuckungen in den Provinzen keine Bedeutung beanspruchen. Die übrigen deutschen Staaten hatten ihre März-Revolutionen vor Berlin gehabt, und so war überall in Deutschland binnen wenigen Wochen eine neue Ordnung der Dinge angebrochen: es galt jetzt sie im einzelnen auszubauen und das schützende Dach zu errichten, welches alle deutschen Stämme schirmen sollte. Nur ein Gau des Vaterlandes vollzog seine Erhebung erst nach der preußischen Hauptstadt, die deutsche Nordmark Schleswig-Holstein. Der Tod Christians VIII. am 20. Januar 1848 und die neue Verfassung, welche sein Sohn Friedrich VII. am

28. verkündete, hatten die Bevölkerung zwar längst in lebhafter Erregung versetzt; aber erst um die Mitte des März nahm diese, ermutigt durch die Vorgänge im übrigen Deutschland, festere Formen an. Eine Altonaer Adresse vom 15. März forderte die Aufnahme Schleswigs in den Bund, die Gewährung einer schleswigholsteinischen Verfassung und ein deutsches Parlament. Schnell verbreitete sich dieses Programm durch das Land. In freier Zusammenkunft zu Rendsburg beschloßen am 18. März etwa 70 von den 82 Ständemitgliedern der beiden Herzogtümer unter Wilhelm Beselers Vorsitz dem König durch eine Deputation dasselbe Verlangen vorzutragen. Mit dem Dampfboot, das am 23. in Kiel eintraf, erwartete man die erste Nachricht von dem Erfolg dieses Schrittes. Statt dessen kam die Kunde von einem Ministerwechsel in Kopenhagen. Auch das dänische Volk war in die revolutionäre Strömung hineingerissen und ganz naturgemäß richtete sich auch bei ihm alle Leidenschaft auf die Erreichung der nationalen Wünsche, die den deutschen geradezu entgegenstanden. Die eiderdänische Partei war ans Ruder gekommen, Orla Lehmann, Bischof Monrad, Tscherning nahmen die Ministerstühle ein und die Herzogtümer hatten sich auf das äußerste vorzubereiten. Da faßten die Führer der deutschen Partei einen kühnen Entschluß. Unter dem Vorgeben, daß der König infolge der Kopenhagener Unruhen seiner Freiheit beraubt sei, bildeten sie in der Nacht zum 24. März unter Beselers Vorsitz eine vorläufige Regierung, welcher Prinz Friedrich von Augustenburg = Noer, Graf Reventlow = Breeß, Bankier Schmidt, später auch Th. Olshausen und Bremer angehörten. Die Stadt Kiel und die Truppen in derselben erklärten sich für sie; an der Spitze eines Jägerbataillons eilte der Prinz von Noer nach Rendsburg und bemächtigte sich ohne Kampf der Citadelle; in 24 Stunden war ganz Holstein für die neue Regierung eingetreten. Der nächste Tag brachte zwei wichtige Briefe, beide vom 24. datiert. In dem einen erklärte der König von Dänemark, daß er weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen habe Schleswigs Eintritt in den deutschen Bund zu gestatten, sondern entschlossen sei dessen „Unabhängigkeit“ mit den Waffen zu verteidigen; in dem anderen erkannte Friedrich Wilhelm IV. die drei Grundsätze des schleswigholsteinischen Staatsrechtes — Selbständigkeit gegenüber Dänemark, Untrennbarkeit und männliche Erbfolge — unumwunden an und versprach dem nächstberechtigten Erben, Herzog Christian von Augustenburg, seinen und des Bundes Schutz. Auch machte er dies Versprechen sogleich wahr, indem er die Truppen, die aus Berlin hatten abziehen müssen, nach Holstein schickte und den Bund sowie die Regierungen des zehnten Bundeskorps (Hannover, Mecklenburg, Oldenburg, die Hansestädte) zu unverweilter Hilfeleistung antrieb. Auch die vorläufige Regierung hatte sich inzwischen nach Frankfurt gewandt, die Aufnahme Schleswigs in den Bund verlangt und schleunigen Beistand erbeten. Der Bundestag war durchaus nicht in der Lage diese Forderungen abzuschlagen; für die Einmütigkeit,

Vorläufige
Regierung.

Preussische
Hilfe.

Der Bundes-
tag.

mit welcher ganz Deutschland die Sache der Herzogtümer zu der seinen machte, legte gerade in diesen Tagen auch das Vorparlament Zeugnis ab, indem es die unverzügliche Aufnahme Schlesiens forderte. Am 4. April hatte sich die Bundesversammlung noch damit begnügt Preußen und die Staaten des 10. Armeekorps zum Schutze der Rechte Holsteins in seinen Beziehungen zu Schleswig aufzufordern; schon am 12. April verlangte sie den Eintritt Schlesiens in den Bund, unbeschadet übrigens der Rechte Friedrichs VII. Der dänische Gesandte verließ darauf die Sitzung, und der Krieg, der zwischen den Dänen und der vorläufigen Regierung schon seit ein paar Tagen entbrannt war, wurde nun von Preußen im Namen des Bundes aufgenommen.

Diese Handlungsweise Friedrich Wilhelms IV. trug unzweifelhaft dazu bei ihm die Gemüther der gemäßigten Parteien auch außerhalb Preußens wieder geneigter zu machen; aber von wirklich befestigtem Vertrauen zu ihm konnte man doch nirgends reden. Der König hatte die lebhafteste Zuneigung, die ihm bei seinem Regierungsantritt entgegenkam, zu wenig gerechtfertigt, als daß man jetzt seinen Worten leicht Glauben geschenkt hätte; er war von den Stürmen der Märztage wie ein schwaches Rohr hin und her gebeugt worden und bot keine Gewähr, daß er bei seiner jetzigen Rolle verharren werde. Der theatralische Ritt durch die Straßen Berlins, die Übernahme der Führerschaft für die Stunde der Gefahr, die Demütigung der fürstlichen Majestät vor dem Pöbel der Hauptstadt, alles das erweckte in Süddeutschland mehr Abneigung und Spott, als man in Preußen ahnte. Den neuen Ratgebern des Königs fehlte es freilich auch im übrigen Deutschland nicht an Freunden; befanden sich unter ihnen doch die gefeiertesten Namen des Vereinigten Landtags. Graf Arnim-Bohnenburg, der am 19. März an die Spitze der Regierung gerufen war, räumte diesen Platz nämlich schon am 29. dem Präsidenten der Handelskammer zu Köln, Camphausen, ein; neben diesem standen Hansmann, Alfred von Auerswald, Schwerin, Heinrich von Arnim, Bornemann und der General von Reyher, der als interimistischer Kriegsminister schon am 1. April einzelne Truppenteile nach Berlin zurückkommen ließ. Als verantwortliches Ministerium traten sie dem Vereinigten Landtag gegenüber, der am 2. April noch einmal sich versammelte um ein Wahlgesetz zu genehmigen, welches allen unbescholtenen Preußen, die das 24ste Lebensjahr vollendet hatten, das Recht der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung verlieh. In einer Adresse ward dem König die Freude und der Dank für seine Zugeständnisse ausgesprochen; nur zwei Männer weigerten sich dieser Erklärung beizutreten, der eine von ihnen Otto von Bismarck, der nicht mit einer Lüge aus dem Vereinigten Landtag scheiden wollte, und wenn er auch die Vergangenheit als begraben anerkannte und zugab, daß keine menschliche Macht sie wieder erwecken könne, nachdem die Krone selbst die Erde auf den Sarg geworfen, doch keine Freude und keinen Dank heucheln wollte für das, was ihm mindestens als ein unglück-

Friedrich
Wilhelm IV.Ministerium
Camphausen.Der Vereinigte
Landtag.

licher Weg erscheine. Wohl gab es in dem Vereinigten Landtag Männer genug, die gerade so wie Bismarck dachten, und ebendeshalb entbehrte diese Versammlung jetzt alles moralischen Gewichtes; aber durch feig-herziges Schweigen wurde dieser Übelstand nicht gehoben, sondern nur verschlimmert. Auch ein Fehlgriff der Regierung trug noch dazu bei die letzten Stunden des ersten preussischen Parlamentes herabzuwürdigen. Ein Beschluß des Bundestages hatte es am 30. März den Einzelstaaten freigestellt, in welcher Weise sie die Wahlen zum Parlamente anordnen wollten, und nur das eine bestimmt, daß auf je 70 000 Einwohner ein Vertreter kommen solle. Infolgedessen veranlaßte der König das Ministerium den Vereinigten Landtag zur Vornahme dieser Wahlen aufzufordern. Allein kaum waren sie vollzogen, so änderte der Bundestag am 7. April seinen Beschluß und ordnete die Wahl je eines Abgeordneten auf 50 000 Einwohner und zwar durch unmittelbare Volkswahl an, wie das Vorparlament es gefordert hatte. Dem preussischen Ministerium blieb unter solchen Umständen nichts übrig als die vollzogenen Wahlen für ungültig zu erklären und dies dem Vereinigten Landtage anzuzeigen. Es geschah in der letzten Sitzung desselben, am 10. April. Mit einem Vertrauensvotum für das Ministerium, dem unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung der künftigen Nationalversammlung ein Kredit bis zu 20 Millionen Thaler eröffnet wurde, ging der Landtag auseinander.

Das Vorparlament.

Weit mehr als seinen Beratungen hatte sich die Teilnahme des deutschen Volkes dem Vorparlamente zugewandt, das vom 31. März bis zum 4. April 1848 unter dem Vorsitz des Heidelberger Juristen Rittermaier in Frankfurt tagte. Willkürlich zusammengesetzt aus denjenigen Mitgliedern deutscher Ständeversammlungen, welche der Einladung des Siebener-Ausschusses gefolgt waren, verstärkt durch besonders Geladene, die sich vorzugsweise des öffentlichen Vertrauens erfreuten, besaßen diese 5—600 Männer ebenso großes moralisches Ansehen wie geringe juristische Berechtigung. Selbst die ungleiche Beteiligung der verschiedenen Stämme, das starke Übergewicht der benachbarten Darmstädter und Badener, das gänzliche Fehlen der Österreicher, als deren Vertreter sich nur ein Litterat und ein württembergischer, auch in dem Kaiserstaate begüterter Standesherr auffinden ließen, schadete der Versammlung nichts. Die wichtigsten Beschlüsse, welche sie faßte, wurden vom Bundestage sofort anerkannt: Schleswig, Ost- und Westpreußen, die deutschen Teile des Großherzogtums Posen wurden in den Bund aufgenommen, die Zahl der Abgeordneten zum Parlamente von etwa 440 auf 605 erhöht, das allgemeine Stimmrecht zugestanden; die Bundesgesandten, welche bei den Ausnahmegesetzen mitgewirkt hatten, forderten ihre Entlassung, diese Gesetze selbst wurden am 2. April aufgehoben und ein Ausschuß von 50 Mitgliedern, welchen das Vorparlament schließlich wählte, vom Bundestag und den Regierungen anerkannt. An der Spitze dieses Ausschusses stand Soiron aus Mannheim, auf dessen Antrag das Vorparlament

jede Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands abgelehnt und „einzig und allein“, also mit Ausschluß der Regierungen, der Nationalversammlung überwiesen hatte; Heckscher, Duckwitz, Mathy, Jacoby, Simon, Blum, Benedey gehörten zu seinen Mitgliedern; die radikalen Republikaner wie Hecker und Struve hatten keinen Sitz darin gefunden. Bei den Verhandlungen des Vorparlamentes aber waren sie kühn genug hervorgetreten und hatten stürmische Szenen veranlaßt. Ihr Verlangen, daß die Versammlung sich für permanent erklären solle, ward mit 368 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dadurch gereizt und bei allen folgenden Abstimmungen geschlagen, verließen sie 40 Mann stark, von Hecker und Struve geführt, das Vorparlament, entschlossen jetzt mit anderen Waffen für ihre Sache zu kämpfen. So gewiß fühlten sie sich, wenigstens in Baden, der Zustimmung der Bevölkerung, daß sie am 5. April bei dem badischen Bundesgesandten Welcker den Antrag stellten die Gemeinden des Landes zu befragen, ob sie die konstitutionelle Monarchie oder die Republik haben wollten. Die großherzogliche Regierung bedurfte dieser deutlichen Sprache nicht mehr um die Unvermeidlichkeit des Kampfes zu erkennen. Den ganzen Monat März hindurch war das Land, besonders der Seekreis, in fieberhafter Aufregung erhalten; im Elsaß und an der Schweizer Grenze standen Tausende von deutschen Arbeitern bereit um unter Herweghs und anderer Flüchtlinge Führung einzurücken; den Behörden wurde der Gehorsam verweigert und unter den Truppen begannen Meutereien. Schon Ende März hatte die Regierung deshalb um Bundeshilfe er sucht; diese war zugesagt worden und am 6. April sollten bayerische und württembergische Truppen in den Seekreis einrücken. Im letzten Augenblicke ließen sich aber die befehligenen Generale bewegen den Einmarsch zu verschieben, weil sie nicht stark genug zu sein glaubten um der Bevölkerung, die sich bewaffnet zu erheben drohte, zu widerstehen. Dieses Schwanken ermutigte die Republikaner den Augenblick zu nützen. Während in Donaueschingen 6000 bewaffnete Bürger ihren Widerstand gegen den Einmarsch der „fremden“ Truppen ankündigten, eilten die Führer der Bewegung auf den Kampfplatz. Der am meisten gefürchtete Fickler wurde freilich durch Mathy auf dem Bahnhof in Karlsruhe verhaftet, als er eben abreisen wollte; auch mißlang es den anderen, wie Struve und Hecker, sich Donaueschingens zu bemächtigen, da ihnen der württembergische General von Miller am 15. April zuvorkam. Gleichzeitig rückten Bayern unter Baligand gegen Konstanz, Badener und Hessen unter Friedrich von Gagern über Freiburg vor. In Konstanz kam es am 17. April zur Bildung einer republikanischen Statthalterschaft, an deren Spitze der bisherige Regierungsdirektor Peter trat; aber schon am nächsten Tage flüchtete er beim Anmarsch der Bayern in die Schweiz. Hecker selbst hatte sich in den Oberrheintreis gezogen und stieß hier bei Kandern am Gründonnerstage, dem 20. April, auf Gagerns Truppen. Ehe es zum Kampfe kam, suchte Gagern die Aufständischen persönlich zur Unterwerfung zu bereden; aber der vergebliche

Republikani-
scher Aufstand
in Baden.

Versuch kostete ihm das Leben: kaum zu den Seinigen zurückgekehrt, ward er von mehreren Kugeln getroffen. Hitzig griffen nun die Truppen an und warfen die Auführer nach kurzem Kampfe in schmäbliche Flucht; Hecker selbst rettete sich nach Basel, auch Struve entging der Verhaftung durch die Mutlosigkeit der Behörden. Was von den Freischaren nicht auseinanderlief, wandte sich, von Siegel geführt, nach Freiburg, wo zahlreiche Bewaffnete zusammenströmten. Aber auch dieser Anlauf scheiterte; General Hoffmann, Bagerns Nachfolger, zerstreute die Angreifenden und zog am Ostermontag in die verbarrikadierte Stadt ein. Die Nachricht davon bewog auch den Dichter Herwegh, der mit 800 Mann, darunter Franzosen, Italienern, Polen, Schweizern, Ungarn, den Rhein überschritten hatte, zum Rückzug; unvermutet stieß er jedoch bei Dossenbach am 26. auf die Württemberger und verlor fast die Hälfte seiner Schar an Gefangenen, während er selbst mit Hilfe seiner Frau entkam. Auch im Norden des Landes, im Odenwalde, in Pforzheim, Offenburg, Mannheim war es zu Unruhen gekommen, die aber schnell unterdrückt wurden. Zehn Tage nach dem Beginn der Erhebung konnte sie für erstickt gelten. Allerdings hielten sich die Häupter derselben auf Schweizer Gebiet in nächster Nähe der Grenze auf und standen in täglichem Verkehr mit der badischen Bevölkerung; von einer Beruhigung der öffentlichen Meinung konnte kaum die Rede sein; im Gegenteile, die republikanische Gesinnung griff auch unter den bayerischen und württembergischen Besatzungstruppen um sich; täglich liefen einzelne Soldaten mit Sack und Pack über die Grenze ins Hecker'sche Lager, so daß der Bundestag Anfang Juli auf Verlangen Bayerns und Württembergs die Zurückziehung dieser Truppen gestattete. Und da bald darauf auch die badische Regierung aus Ersparnisgründen die Besetzung der unruhigen Bezirke aufhob, so konnte die Wühlerei der Republikaner ihr Wesen nach kurzer Frist wieder beginnen.

Im übrigen Deutschland fanden diese frevelhaften Bestrebungen geringen Anklang. Selbst ein Benedey, der in der Flüchtlingspolitik herangewachsen war, brandmarkte den Hecker'schen Aufstand als einen Frevel am ganzen deutschen Volke und wandte als Abgesandter des Fünfsziger-Ausschusses alles an um die Führer zur Umkehr zu bewegen. Wenn gleichzeitig wie im badischen Oberlande auch in den entgegengesetzten Grenzlanden, in Schlesien und Posen, gewaltthätige Erhebungen stattfanden, so waren die schlesischen rein sozialer Natur und wurden meist durch das Versprechen der Edelherrn die Reste der Hörigkeit von ihren Bauern zu nehmen beschwichtigt; in Posen stand Volk gegen Volk, Deutsche gegen Polen. Nichts lag in jenen Tagen der Begeisterung den Deutschen ferner als eine Gewaltherrschaft über die Polen zu üben und deren Nationalität zu unterdrücken. Die Berliner hatten Mieroslawski und seine Genossen vom 46er Aufstande fast wie Helden eigenen Stammes begrüßt, als sie am 20. März befreit das Gefängnis verließen. Unter den Beschlüssen des Vorparlamentes prangten die Sätze, daß die

Aufstand in
Posen.

Teilung Polens ein schmachvolles Unrecht und seine Wiederherstellung eine heilige Pflicht auch des deutschen Volkes sei. Die polnischen Flüchtlinge, die aus Frankreich und der Schweiz in die Heimat zurückzogen, empfingen überall von Bürgern und Behörden Zeichen der Teilnahme und Förderung. Aber bald kühlte sich die Schwärmerei doch ab; auch die eifrigsten fanden, daß die Polen es gar zu arg machten, wenn sie sich nicht damit begnügten ihr eigenes Volkstum zu sichern, sondern alsbald auch die Herrschaft über die Deutschen beanspruchten. Nicht einmal die nächsten Schritte der Regierung, welche schon am 24. März sich äußerst bereitwillig erklärt hatte, wartete Mieroslawski ab, sondern begann sofort den Aufstand, der von den Sensenmännern mit blutiger Grausamkeit geführt, von den Deutschen mit nicht minderer Leidenschaft bekämpft wurde. Eine gewisse Beschwichtigung, die General Willisen am 11. April durch die Aussonderung des rein polnischen Theiles der Provinz erzielte, hielt nicht lange vor, weil die Regierung den Einschluß der Festung Posen in den deutschen Teil anordnete. Willisen aber mußte sich von den Konservativen, als deren Wortführer Bismarck in der Presse auftrat, den Vorwurf nicht bloß der Schwäche sondern auch einer mehr polnischen als deutschen Gesinnung gefallen lassen. Als der Aufruhr darauf mit erneuter Kraft begann, entschloß man sich in Berlin Ernst zu zeigen. General Pfuell griff die Aufständischen kräftig an; am 29. und 30. April kam es bei Kions und Mieloslaw zu heftigen Kämpfen; das Kriegsgesetz wurde verkündet; am 9. Mai mußte der größte Teil der Polen bei Baro sich ergeben und Mieroslawski den Oberbefehl niederlegen; am 13. Mai wurden die letzten Scharen bei Erin geschlagen. Ein sehr weitgehendes Gefühl des Mitleids und der Gerechtigkeitsliebe blieb auch jetzt noch dem deutschen Liberalismus den Polen gegenüber eigen, und die Überzeugung, daß eine Wiederherstellung des Königreiches die beste Schutzmauer gegen Rußland schaffen werde, wurzelte tief; aber vor den äußersten Anwandlungen schwächlicher Gutmütigkeit war man doch durch die Erlebnisse der letzten Wochen gefeit, und mehr als sie ahnen mochten, hatten die Polen ihrer Sache durch die eigene Unbändigkeit geschadet.

Mittlerweile war das deutsche Volk überall zu den Wahlurnen geschritten um Vertreter für sein Parlament zu wählen, und Berufene wie Unberufene hatten ihren Scharfsinn erschöpft um Vorschläge für die Grundlagen der künftigen Reichsverfassung auszufinnen. Unmittelbar betraut mit dieser Aufgabe waren jene 17 Vertrauensmänner, welche dem Bundestag auf seinen Wunsch beigegeben waren und am 30. März ihre Thätigkeit begonnen hatten. Als Leitfaden mußten sie die Beschlüsse des Vorparlaments betrachten, das bestimmte Grundrechte als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit bezeichnet hatte. Allein über die schwierigste Frage, über die Gestaltung der deutschen Centralgewalt, war von jenem keine Meinung geäußert. Den Siebzehnern schien es wünschenswert sofort eine vorläufige Behörde zu schaffen, die statt des

Verfassungs-
entwürfe.

ungelenken Bundestages mit dem Parlamente verhandeln könne und zu der je ein Bevollmächtigter von Österreich, von Preußen und — auf Bayerns Vorschlag — von den übrigen Staaten zu ernennen sei. Gegen diesen Gedanken erhoben aber die Fünziger so lebhaften Einspruch, daß er trotz der Zustimmung des Bundestages unausgeführt blieb. Die Vorlage, welche dem Parlamente gemacht werden sollte, auszuarbeiten übertrugen die Siebzehner Dahlmann. Tief durchdrungen von der Notwendigkeit dem neuen Reiche ein erbliches Oberhaupt zu geben, schlug dieser die Erneuerung des Kaisertums vor, als dessen Träger er sich nur den preussischen König denken konnte. Aber nicht einmal alle seine Kollegen, die für den Entwurf stimmten — und es waren nur 8, während 4 sich des Stimmens enthielten — teilten diese Neigung für Preußen; manche waren unentschieden, manche unbedingt für Österreich. Gegen die Erblichkeit erklärte sich besonders Uhland, der alle fünf Jahre eine neue Kaiserwahl forderte. Am 26. April überreichten die Siebzehner den Entwurf dem Bundestage, der ihn veröffentlichte und damit eine allseitige Kritik herausforderte. Die gewichtigsten Urteile freilich wurden nur in vertraulichen Briefen an Dahlmann gefällt. Da sprach es Friedrich Wilhelm IV. unverhohlen aus, daß er die Kaiserkrone nicht wolle, solange Österreich nicht unwiderruflich zurückgetreten sei; gern würde er unter dem römisch=teutschen Kaiser aus dem Hause Habsburg die Würde eines Königs der Deutschen annehmen, wenn die Wahl der Fürsten auf ihn falle; im Dom von Köln gekrönt, vom Kaiser bestätigt, von dem Primas Germaniae, dem (protestantischen) Erzbischof von Magdeburg, gesalbt, so wolle er gern als von Gott geordnete Obrigkeit das Schwert des Reiches führen. Auch mit dem Titel eines Reichs=Erzfeldherrn war er zufrieden; er dachte sich das Reich in militärische Herzogtümer geteilt, Bayern und Franken, Schwaben und Rhein (Hessen), Ober= und Niedersachsen, dazu vier preussische und vier österreichische, die zehn ersten unter seinem Befehl. Der Fürstenrat, den er sich zur Seite sehen wollte, sollte nach Regensburger Art in Bänke geteilt sein, und das Ganze war wenig mehr als eine poetisch=phantastische Wiederbelebung mittelalterlicher Einrichtungen, in denen mühsam für Preußen ein leidlich ehrenvoller Platz geschaffen war. Ganz anders faßte der verrufene Reaktionär, der Prinz von Preußen, Dahlmanns Entwurf. Er begrüßte ihn aus seiner Verbannung in London ob seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze als eine großartige Erscheinung, bekannte sich unumwunden zur Erblichkeit der Kaiserwürde und zeigte auch in den Ausstellungen, die er machte, ebenso viel nüchtern politische Klugheit, wie sein Bruder verworren romantische Schwärmerei. Mit vollem Rechte — und Dahlmann erkannte das selbst bereitwillig an — verlangte er z. B., daß die Fürsten, welche nach dem Entwurf mit etwa 160 teils gewählten, teils ernannten Reichsräten zusammen ein Oberhaus bilden sollten, aus diesem ausgeschlossen werden und zu einem Fürstenkollegium (oder Bundesrat) zusammentreten müßten. In diesem

Dahlmann.

Friedrich
Wilhelm.Der Prinz von
Preußen.

Prinz Albert.

Punkte traf seine Ansicht mit der des Prinzen Albert, Gemahls der Königin Victoria, zusammen, der selbständig einen Verfassungsentwurf ausarbeitete und einflußreichen Männern zuschickte; aber daß er, darin Ahland nahestehend, den Kaiser nur auf zehn Jahre wählen lassen wollte, daß er das Parlament durch Wahlen der Einzellandtage zu bilden empfahl, diese und ähnliche Ideen machten seinen Vorschlag von vornherein aussichtslos. Nicht besser stand es mit einem Entwurfe der bayerischen Regierung, der als Centralbehörde ein Direktorium schuf, in dessen Vorsitz von sechs zu sechs Jahren Österreich, eine norddeutsche und eine süddeutsche Regierung wechseln sollten. Bei dieser Fülle der verschiedenartigsten Gesichtspunkte war eine Verständigung auf gütlichem Wege überhaupt nicht, am wenigsten aber bis zu dem nahe bevorstehenden Zusammentritt des Parlaments möglich, und als der 18. Mai, der Tag der Eröffnung, herankam, war von einem Programm, über das sich die Regierungen oder die öffentliche Meinung geeinigt, entfernt nicht die Rede. Infolgedessen stand das Parlament um so unabhängiger, aber auch um so verantwortungsvoller da; ihm lag es jetzt ob das entscheidende Wort zu sprechen, und so schnell zu sprechen, daß weder der Partikularismus in den Einzelstaaten sich vorher aufraffen, noch eine freiheitsfeindliche Reaktion ihr Haupt erheben konnte. Beide Gefahren waren eng miteinander verbunden und jede schon für sich nicht gering zu schätzen. Der erste Sturmhauf der Revolution war Mitte Mai in ganz Deutschland vorüber, die Gegenwirkungen begannen merkbarer zu werden; mit dem Erstarken der Regierungen wuchs der Widerstand, den sie der Unterordnung unter die künftige Reichsgewalt und den Beschlüssen des Parlamentes zu leisten wünschten; und gerade in dem Staate, auf welchen am meisten ankam, in Preußen, trat fast gleichzeitig mit dem deutschen Reichstag die neugeschaffene Landesvertretung zusammen, die zu groß und einflußreich war um sich der Frankfurter Versammlung gegenüber untergeordnet zu fühlen und die deshalb das preußische Sonderbewußtsein und damit die Schwierigkeiten der deutschen Verfassungsfrage wesentlich vermehrte. Nur wenn die preußische Führung der leitende Gedanke des Frankfurter Parlamentes wurde, durfte dieses hoffen mit dem Berliner in gutem Einvernehmen zu bleiben; dahin drängte also unbedingt die politische Klugheit. Es riet dazu überdies auch die Lage Österreichs, das zu einer hindernden Einmischung augenblicklich ganz unfähig war. Das Frankfurter Parlament aber verpaßte den günstigen Moment und gefährdete so von Anfang an das Gelingen der Aufgabe, die ihm gestellt war.

Der bayerische Entwurf.

Die Revolution in Österreich und Italien.

Die Zustände in Österreich hatten sich seit der März-Revolution so zerfahren gestaltet, daß der ganze Staat aus den Fugen geraten war. Italiener, Ungarn, Böhmen gingen ihre eigenen Wege, und nicht

Ministerium
Billsdorf.

einmal in den deutschen Provinzen, nicht einmal in der Hauptstadt selbst wußte das neue Ministerium die Zügel anzuziehen. Die leitende Persönlichkeit in demselben wurde bald der Freiherr von Billersdorf, nicht etwa, weil er den schwierigen Verhältnissen gewachsen war, sondern nur infolge des liberalen Rufes, den er sich früher erworben hatte. Kolowrat, der anfangs noch den Vorsitz führte, mußte sich schon am 3. April 1848 zurückziehen; Ficquelmont, der ihn ablöste, und mehrere seiner Kollegen folgten binnen vier Wochen diesem Beispiel, zum Teil durch Raunen und pöbelhafte Kundgebungen gezwungen. Die politische Presse, die vor dem März in der Hauptstadt nur durch ein amtliches und ein halbamtliches Blatt vertreten war, seitdem sich aber durch eine große Zahl unbedeutender Blättchen schnell vervielfältigt hatte, stachelte durch ihre rohe, aufreizende Sprache die Bevölkerung stets zu neuen Ausschreitungen und Frechheiten an; Nationalgarde und Studenten führten das große Wort, und die Versammlungen in der Aula, die Bürgerkomitès und der Studentenausschuß schrieben den Ministern Gesetze vor. Vollends als zu Anfang Mai die verschiedenen Ausschüsse sich zu einem politischen Centralkomité vereinigten, traten vor dessen Einfluß und Ansehen die kaiserlichen Behörden in tiefen Schatten zurück. Es überraschte kaum noch, wenn die amtliche Zeitung getreulich ein Manifest des Centralkomitès veröffentlichte, welches dem Ministerium das „volle und wohlverdiente Mißtrauen des Volkes“ aussprach. Gegen Ende April hatte Billersdorf einen kühnen Anlauf genommen und am 25. einen Verfassungsentwurf veröffentlicht, der für die weitere Entwicklung die Grundlage bilden sollte; aber trotz des vielgelobten Vorbildes, das er sich genommen, der belgischen Verfassung nämlich, erntete er nichts als Tadel und Spott; man war unzufrieden mit der Bildung einer ersten Kammer, unzufrieden mit dem Wahlgesetz, unzufrieden vor allem damit, daß die Verfassung vom Kaiser erlassen und nicht von einer konstituierenden Versammlung beschlossen werden sollte. Einen Augenblick glaubte das Ministerium sich stark genug die Zügel straff anzuziehen zu können; es versuchte durch einen Tagesbefehl des Grafen Hoyos, des Befehlshabers der Nationalgarde, das Centralkomité aufzulösen. Aber das verschlimmerte die Lage nur. Während die Minister am 15. Mai in der Burg eine Sitzung hielten, strömte der Pöbel vor und in dem Gebäude zusammen und erzwang nicht nur die Rücknahme des Tagesbefehles, sondern auch die Suspension der Verfassung vom 25. April und die Berufung einer Konstituante. Voll Scham über ihre eigene Schwäche reichten die Minister darauf ihre Entlassung ein, nahmen sie jedoch um der Sicherheit des Thrones und des Herrscherhauses willen, wie sie amtlich in der Wiener Zeitung erklärten, wieder zurück und blieben einstweilen im Amte. Dem Kaiser war es unter solchen Umständen nicht zu verargen, wenn er sobald wie möglich seiner Hauptstadt den Rücken zu kehren wünschte; da er aber nicht wagen durfte dies offen anzukündigen, so benutzte er eine Spazierfahrt nach Schönbrunn am

Das Central-
komité.

Der Verfas-
sungsentwurf.

1848

Der 15. Mai.

Der Kaiser nach
Zinnbrud.

Abend des 17. Mai um — ohne dem Ministerium oder dem Hofstaate vorher etwas davon mitzuteilen — mit seiner Gemahlin, dem Thronfolger und dessen Familie nach Innsbruck zu entfliehen. Der erste Eindruck, den dieses Ereignis bei den Wienern hervorrief, war Bestürzung und Scham; der Versuch, den Tuvora, Häfner und andere Zeitungs-demagogen machten in den Vorstädten die Republik auszurufen, endete damit, daß sie selbst vom Volke verhaftet wurden und kaum dem Tod am Strick entgingen. Selbst das Centralkomitee sah sich veranlaßt sein volles unerschütterliches Vertrauen in die Gesinnung des Ministeriums auszusprechen, und Abgesandte aller denkbaren Körperschaften, Stände und Vereine gingen nach Innsbruck ab um den Kaiser zur Rückkehr zu bewegen. Diese günstige Stimmung schnell zu benutzen befaß Willersdorf nicht die nötige Entschlossenheit; erst nach mehreren Tagen fand er den Mut zu einem Schritte, der im ersten Augenblicke von Erfolg hätte sein können: die Studentenlegion wurde aufgefordert ihre Waffen abzuliefern. Allein jetzt war die Niedergeschlagenheit und Betäubung bereits von der Bevölkerung gewichen; an dem bestimmten Tage, dem 26. Mai, erhoben sich von neuem die Barrikaden in den Straßen, die Arbeiter kamen den Studenten zu Hilfe, und ohne ernstlichen Kampf wurden die Minister abermals zum Nachgeben gezwungen. Kleinmütig gewährten sie die Fortdauer der Studentenlegion, erkannten den Bürgerausschuß, der sich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Wahrung der Rechte des Volkes bildete, als unabhängig von jeder anderen Behörde an und luden auf dessen Schultern zugleich die volle Verantwortung für die öffentliche Sicherheit ab, unbekümmert darum, daß sie sich selbst damit zu willenslosen Werkzeugen dieses aus 200 Männern bunt zusammengewürfelten Haufens und seines Vorsitzenden, des Doktor Fischhof, erniedrigten.

Der 26. Mai.

Der Bürger-
ausschuß.

Da eine Centralregierung von dieser Beschaffenheit außerhalb Wiens erst recht jeder Macht entbehrte, hatte die Bewegung in den Provinzen ihren Gang genommen ohne von der Hauptstadt aus beeinflusst zu werden. Dies war um so bedenklicher, als fast alle Nationalitäten des Kaiserstaates nicht bloß nach Erweiterung ihrer politischen Freiheiten, sondern mehr noch nach provinzieller Selbständigkeit trachteten, ja wohl gar wie die Italiener und Magyaren auf völlige Losreißung von Osterreich sann. In dem ungarischen Reichstage freilich fanden sich immer noch zahlreiche gemäßigte und konservative Männer vor; aber in den Ausschüssen und Klubs der Hauptstädte Ofen-Pest, vor allem in dem Sicherheitskomitee, das schnell auch auf dem Lande zu Einfluß gelangte, herrschten die radikalsten Ansichten. Nur dadurch, daß er diesen möglichst gerecht wurde und sich fast willenlos von Kossuth leiten ließ, behauptete der Reichstag noch sein Ansehen. Als die Abordnung, welche er am 15. März nach Wien geschickt, von dort nur mit allgemein gehaltenen Zusagen zurückkam, antwortete die Landesvertretung darauf sofort mit einer ganzen Flut von liberalen Reformen. In dem Ministerium,

Ungarn.

Ministerium
Batthanyi.

welches der Palatin Stephan am 22. März bildete, saßen allerdings unter Batthyany's Präsidium auch konservative Männer wie Esterházy und Széchenyi; allein neben Cötvös und Deak hatte auch Kossuth seinen Platz darin gefunden. Und doch war dieses Ministerium stark genug um durch die Drohung mit seinem Rücktritt den Palatin und den Kaiser zu jedem Zugeständnis zu bewegen; denn sein Rücktritt wäre gleichbedeutend mit der Entfesselung der Revolution gewesen. Ich bin nur ein einfacher Bürger, durfte Kossuth im Reichstage sagen, stark nur durch die Macht der Wahrheit, und doch kann ich mit der bloßen Bewegung meiner Hand entscheiden über das Sein oder Nichtsein des Hauses Habsburg. Als der Reichstag am 10. April geschlossen wurde um einem neuen, auf demokratischer Grundlage gewählten Platz zu machen, bestätigte der Kaiser die sämtlichen 31 Gesetze, die in dieser Sitzung entstanden waren, und wahrte nur den Anspruch des Gesamtstaates auf Ungarns Verpflichtung seinen Teil der Schulden zu tragen.

Schluß des Reichstags.

Kroatien.

Auch in den Nebenländern der Stefanskronen schlug die allgemeine Aufregung hohe Wellen. In Kroatien erhoben Gaj und die Nationalpartei schon im März so laut ihre Stimme, daß die Regierung der ersten Forderung, die sie stellten, gerecht wurde, ehe noch die Abgesandten, welche sie vorbringen sollten, in Wien eingetroffen waren: sie bestand in der Ernennung des Obersten Jellatschitsch zum Banus von Kroatien. In der That hätte sich eine bessere Wahl gar nicht treffen lassen; denn Jellatschitsch verband bei großer persönlicher Tüchtigkeit unbedingte Treue gegen den Kaiser mit wohlverdienter Beliebtheit unter seinen Landsleuten. Um so verhaßter war er den Magyaren, die in seiner Ernennung eine Feindseligkeit des Hofes gegen Ungarn erblickten und sofort in Zank mit dem neuen Banus gerieten. Die Gelüste der Kroaten sich von der Stefanskronen abzulösen waren ja längst bekannt und mußten jetzt doppelt gefährlich erscheinen. Auch in Serbien und Siebenbürgen erhoben die Feinde der Magyaren das Haupt. Dort beschloß im Mai eine große Versammlung in Carlowitz die Errichtung einer Nationalregierung und den Anschluß der Woiwodenschaft an das dreieinige Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien; in Siebenbürgen regten sich vor allem die verachteten Walachen, die trotz ihrer Überzahl neben den Magyaren und den Sachsen keine politische Stellung besaßen. Eine Massenversammlung in Blasendorf — bis zu 40 000 wurde die Zahl ihrer Teilnehmer geschätzt — verlangte die Gleichberechtigung mit den anderen Nationen; aber weder die Ungarn und Szekler noch die Sachsen hatten Lust diese gerechte Forderung zu unterstützen; ja die Sachsen zogen es vor in die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn zu willigen um nur das Aufkommen der mißachteten und rechtlosen Walachen zu erschweren. Wie wenig aber diese „Union“, welche der Klausenburger Landtag am 30. Mai beschloß und die der Kaiser umgehend bestätigte, den Wünschen der meisten Landesbewohner entsprach, verriet auch das ungarische Ministerium dadurch, daß es den Baron Nikolaß Bay zur Unterdrückung

Jellatschitsch.

Woiwodina.

Siebenbürgen.

aller „Aufreizungen und hinterlistigen Feindseligkeiten“ nach Siebenbürgen entsandte.

In dem nördlichen Grenzlande Ungarns, in Galizien, waren die Revolutionen ziemlich ruhig verstrichen. Der Statthalter Graf Stadion hielt die Zügel in fester Hand, der Gegensatz zwischen Polen und Ruthenen, Katholiken und Griechen, wirkte lähmend ein und auch die Erinnerung an den furchtbaren Bauernaufstand von 1846 schreckte den Adel von gewagten Schritten zurück. Ein Empörungsversuch, der in Krakau am 26. April gemacht wurde, endete mit der Beschießung und schnellen Unterwerfung der Stadt.

Um so lebhafter war die Bewegung in Böhmen geworden. Die Bewohner von Prag waren den Wienern sogar noch vorangegangen. Am 11. März hatten tschechische Patrioten eine Adresse an den Kaiser beschlossen, in welcher sie Gleichstellung mit den Deutschen und Vereinigung des böhmischen, mährischen und schlesischen Landtages forderten. Da nicht alle diese Punkte sogleich bewilligt wurden, während der Ausgang der Wiener Märztag doch die kecke Zuversicht steigerte, bildete sich Anfang April unter dem Vorsitz des Grafen Leo Thun ein Nationalauschuß um die Wahlen zu dem vom Kaiser am 8. April bewilligten konstituierenden Landtage vorzubereiten. Zugleich suchte er die Wahlen zum Frankfurter Parlamente zu verhindern und erreichte auch wirklich, daß sie nur in 13 von 68 Bezirken zustande kamen. Der Gegensatz zwischen den beiden Nationalitäten wuchs von Tag zu Tag; in schnell gebildeten Vereinen, unter denen die Slowanska Lipa, die slawische Linde, besonders berüchtigt war, bekämpften sie sich; aus der Nationalgarde schied sich eine slawische Bürgerwehr, der Swornost, mit eigenen Abzeichen aus; die Straßen Prags waren unausgesetzt der Schauplatz von Unordnungen. Die Wiener Tumulte vom 15. und 26. Mai wurden geschickt benutzt um den entscheidenden Schritt zu thun; weil das Ministerium sich im Zustande der Unfreiheit befinde, forderte man von dem Landeschef die Einsetzung einer vorläufigen Regierung, welche unmittelbar mit dem Kaiser in Innsbruck verkehre. Jener gab dem Ansinnen nach und berief am 30. Mai Palazky und Kieger, die Führer der tschechischen Partei, mit sechs anderen Männern an seine Seite. In der gehobenen Stimmung, welche dieser Erfolg hervorrief, ward in den ersten Tagen des Juni der allgemeine Slawenkongreß in Prag abgehalten, zu dem die Einladungen schon am 1. Mai ergangen waren. Palazky präsidirte demselben; begeisterte Lobreden auf das Slawentum wechselten mit scharfen Verwahrungen gegen die Herrschsucht der Deutschen; aber zu einmütigen Beschlüssen wollte es so recht nicht kommen, denn zu verschiedenartige Kräfte wirkten nebeneinander. Nicht auf die österreichischen Slawen allein war die Teilnahme an dem Kongreß beschränkt geblieben; der Russe Bakunin, der preußische Pole Liebelt, der Serbe Zach aus Belgrad führten das große Wort und suchten für ihre demokratischen Lehren Anhang zu werben. Das einzige Ergebnis tage-

Galizien.

Böhmen.

Vorläufige
Regierung.Slawen-
kongreß.

Prager Auf-
stand.

langer Arbeit war endlich der Beschluß eine Ansprache an die Völker Europas zu erlassen, die Palazky nach einer Skizze Liebelts verfassen sollte. Aber noch ehe sie vom Kongreß genehmigt war, nahm dieser selbst ein jähes Ende. In der Überschätzung ihrer Kräfte glaubte die nationale Partei sich stark genug auch den gefährlichsten ihrer Gegner, Fürst Windischgrätz, den Oberbefehlshaber in Böhmen, hinweg räumen zu können. Am 7. Juni beschloß eine Volksversammlung den Kaiser um seine Entlassung zu bitten; ohne die Gewährung abzuwarten begannen Kundgebungen gegen ihn; am 12., dem Pfingstmontag, zogen große Scharen des Swornost unter Absingung von Spottliedern vor sein Haus; es kam zu Thätlichkeiten; auf den Fürsten, der sich am Fenster zeigte, ward gefeuert; aber der Schuß traf nicht ihn, sondern tötete seine Gemahlin. Nun begann ein erbitterter Straßenkampf, der erst am 17. Juni mit der vollständigen Besiegung der Slawen zu Ende ging. Zwischendurch hatte zwar Windischgrätz, durch zwei Beauftragte des Wiener Ministeriums bewogen, die Stadt einmal geräumt; aber der Mutwille zuchtloser Böbelhaufen entfachte den Kampf von neuem, und nun führte ihn der General nach eigenem Entschluß zu Ende und ließ sich von niemandem mehr dreinreden; kein Wunder, wenn er fortan dem Innsbrucker Hofe als der Mann der Lage galt und durch die geheime Ernennung zum Befehlshaber aller Truppen der Monarchie mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee in den Stand gesetzt wurde den entscheidenden Augenblick auch für die Unterwerfung der Hauptstadt und die Demütigung der Magyaren abzuwarten und auszunutzen.

Erzherzog
Johann.

Der bedauernswerte und gänzlich willenslose Kaiser hatte mittlerweile sich seiner Regentenbefugnisse fast vollkommen begeben. Während in Ungarn und den zugehörigen Ländern der Erzherzog-Palatin schon seit dem April unbeschränkte Vollmachten besaß, erhielt am 16. Juni für die Länder der westlichen Reichshälfte Erzherzog Johann die gleiche Stellung; denn unermülich hatte das Ministerium Pillersdorf von Wien aus und durch zwei seiner Mitglieder, die beim Kaiser in Innsbruck verweilten, Doblhoff und Baron Wessenberg, vorgestellt, wie nur die Rückkehr des Monarchen oder die Ernennung eines Erzherzogs zum Vertreter desselben der Verwirrung in Wien ein Ende machen könne. Auch leuchtete es ein, wie gefährlich es werden müsse den konstituierenden Reichstag, dessen Zusammentritt bevorstand, sich selbst und den Wiener Wortführern zu überlassen. Erzherzog Johann freilich hatte weder Verlangen nach jenem Posten gezeigt, noch erwies er sich als demselben gewachsen. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Wien sah er sich schon genötigt dem Bürgerausschuß das Ministerium Pillersdorf zum Opfer zu bringen. Am 8. Juli ward es durch ein Kabinett Wessenberg ersetzt, in welchem allerdings — und zwar gegen den Willen des Bürgerausschusses — der Finanzminister Kraus und der Kriegsminister Latour verblieben, Pillersdorf hingegen, Sommaruga und Baumgartner im Ministerium des Inneren, des Unterrichts und der öffentlichen Arbeiten

Ministerium
Wessenberg.

durch Bach, Schwarzer und Hornbostl ersetzt wurden, so daß die Radikalen, zu denen auch Doblhoff gehörte, die Mehrheit hatten. Die Bestätigung dieses Ministeriums verzögerte sich einige Tage, weil Erzherzog Johann zwischendurch nach Frankfurt reiste um dort sein Amt als Reichsverweser anzutreten. Nach seiner Rückkehr eröffnete er am 22. Juli den Reichstag, der für die deutsch-slawischen Länder eine neue Verfassung ausarbeiten sollte, während gleichzeitig seit dem 2. Juli in Pest die Vertreter der östlichen Reichshälfte versammelt waren. So schien sich eine gewisse Beruhigung überall wieder einzustellen. Nur ein Teil der österreichischen Monarchie war jetzt noch im offenen Aufstande gegen den Kaiser begriffen und deshalb weder hier noch dort vertreten: die italienischen Provinzen. Aber auch hier wandte sich das Glück den kaiserlichen Waffen zu und zerstörte grausam die Hoffnungen, deren Erfüllung die Patrioten der Halbinsel schon gesichert gewähnt hatten.

Die Reichstage
in Wien und
Pest.

Die allgemeine Gärung, die während der letzten Jahre Italien ergriffen hatte, war auch in der Lombardei sichtbar genug hervorgetreten. Seit dem Beginn des Jahres verging in Mailand und den anderen großen Städten fast kein Tag ohne eine Reiberei zwischen den Bürgern und den Soldaten oder Beamten. Den Anlaß boten meistens die Spottreden und Belästigungen, mit welchen die Patrioten jeden verfolgten, der sich mit brennender Cigarre sehen ließ, während sie doch die Losung ausgegeben hatten durch Enthaltung von Tabak und Lottospiel den Staat in zwei seiner ergiebigsten Einnahmequellen zu schädigen. Wiederholt hatte bei solchen Gelegenheiten das Militär von der Waffe Gebrauch gemacht, und das geschäftige Gerücht unterließ nicht die Zahl der Getödeten und Verwundeten noch zu übertreiben. Dem militärischen Oberbefehlshaber in dem Königreiche, dem Grafen Radetzky, fehlte es trotz seiner 82 Jahre nicht an kräftiger Entschlossenheit; warnend verkündigte er am 18. Januar, daß er gegen jeden Feind von außen oder innen bereit stehe. Aber lauter als diese Mahnungen schlugen an das Ohr der Lombarden die Nachrichten, die aus Sizilien den Aufstand in Palermo und die Räumung der Insel, aus Neapel und bald auch aus Turin, Florenz und Rom die Ernennung liberaler Minister und das Versprechen einer Verfassung meldeten.

Unruhen in
Mailand.

In Turin ergriffen zuerst die Vertreter der Presse das Wort. Den Grafen Camillo Cavour an der Spitze erbaten sie vom Könige am 5. Februar 1848 eine Verfassung; die städtischen Behörden von Turin schlossen sich der Forderung an; und da dasselbe Verlangen im ganzen Lande ertönte, entschloß sich Karl Albert bereits am 8. ein Grundgesetz zu verkünden, aus dem durch Umarbeitung die am 5. März veröffentlichte Verfassung hervorging. Der Großherzog von Toskana, der bereits vor dem Schicksal Ludwigs XVI. hangte, wartete nun auch nicht länger und gab seinen Unterthanen am 11. Februar eine Konstitution. Nicht so leicht wurde es bei den schwierigen Verhältnissen des Kirchenstaates dem Papste ähnlichen Forderungen nachzukommen; indes bewilligte er doch als Ab-

Das übrige
Italien.

schlagszahlung sofort den Eintritt von drei Laien ins Ministerium und verdoppelte diese Zahl sogar, als im Laufe des Monats die Bewegung stieg; die bedeutendsten unter ihnen waren Farini und der Kriegsminister Durando, den Vorsitz im Kabinett führte der Kardinal Antonelli. Das Grundgesetz für die weltliche Regierung des Kirchenstaates, welches am 14. März erschien, ordnete eine Volksvertretung in zwei Kammern an, beließ aber auch das Kardinals-Kollegium unter dem Namen eines Senats als politische Körperschaft.

So machte das drohende Gespenst der Republik, welches durch die Entwicklung in Frankreich auch den italienischen Fürsten nahe genug trat, sie gegen alle Volkswünsche äußerst gefügig. In Neapel zeigte sich das besonders in häufigen Ministerveränderungen; aber auch den Sizilianern gegenüber ging König Ferdinand bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit: Ruggiero Settimo, der Präsident der revolutionären Regierung, wurde von ihm am 6. März als Statthalter, seine Kollegen als Minister für Sizilien bestätigt. Gleichwohl bestanden die Insulaner auf völliger Trennung von Neapel; nur soweit wollten sie der bisherigen Verbindung etwa noch Rechnung tragen, daß sie einen jüngeren Sohn des Königs zum Herrscher annähmen. Das ging selbst Lord Palmerston zu weit, und Lord Minto, der noch immer Italien durchreiste, begab sich mit einer Flotte nach Palermo um zur Mäßigung zu raten; doch alles, was er erreichte, war das Anerbieten einer Personal-Union, etwa gleich der zwischen Schweden und Norwegen, was König Ferdinand am 22. März unbedingt ablehnte. Das Gewicht, welches Neapel in die Waagschale zu werfen hatte, wurde durch diesen Zwiespalt seiner beiden Hälften natürlich sehr gemindert, während die Bedeutung Sardiniens und Karl Alberts in demselben Maße stieg. Überdies rückte auch die geographische Lage das norditalienische Königreich, den unmittelbaren Nachbar Osterreichs, in den Vordergrund des politischen Interesses. Wenn die Lombarden den Vorgängen auf der ganzen Halbinsel mit ängstlicher Spannung folgten, so lauschten sie doppelt aufmerksam über den Tessin hinüber, sowie sie andererseits von dort aus auf das sorgsamste beobachtet wurden. Während in den letzten Tagen des Februar Karl Albert mit seinen Unterthanen die neue politische Gestaltung durch großartige Volksfeste feierte, wurde in Lombardo-Venetien am 22. Februar das Standrecht verkündigt, und ein Korps von 12 000 Mann, das Radetzky an der Grenze aufstellte, lehrte genugsam, wessen man sich in Mailand von dem Nachbar versah. Gleichwohl trug Karl Albert gerechtes Bedenken sich vorschnell in ein gefährliches Unternehmen einzulassen, und auch das nationalgesinnte Ministerium, das Cesare Balbo am 8. März bildete, wies die Hilferufe der flüchtigen Lombarden vorsichtig zurück. Erst mußten diese selbst den Beweis liefern, daß es ihnen ernst mit dem Abfall von Osterreich sei, ehe sie Ermutigung und Beistand von Turin erwarten konnten. So lagen die Verhältnisse, als die Märzrevolution Metternichs Herrschaft zu Fall brachte.

Sardinien und
Osterreich.

Raum waren die ersten Nachrichten von diesem Ereignisse am Abend des 17. März in Mailand bekannt geworden, so gingen die Patrioten ans Werk. In geheimen Versammlungen wurden die Männer erkoren, welche an die Spitze treten sollten, in erster Linie der Bürgermeister der Stadt, Graf Casati. Maueranschläge mit weitgehenden, wenn auch loyalen politischen Forderungen steigerten die Erregung. Am Morgen des 18. begab sich ein Volkshaufe in den Palast des Vice-Statthalters O'Donnell, zwang ihn den städtischen Behörden seine Vollmacht zu übertragen und nahm ihn gefangen. Wenige Stunden zuvor hatte O'Donnell noch an Radetzky das Ersuchen gerichtet die Aufregung doch ja nicht durch Entwicklung militärischer Kräfte zu erhöhen. Radetzky hatte ihm bis dahin gewillfahrt; jetzt zog er sofort seine Streitkräfte, etwa 10 000 Mann, zusammen und ein erbitterter Straßenkampf begann. Trotz einzelner Vorteile, die sie errangen, vermochten die Truppen aber weder an diesem Tage noch am 19. März den Sieg zu gewinnen; Radetzky änderte infolgedessen seinen Plan, zog die Soldaten in der Nacht zum 20. aus der Stadt heraus und schickte sich an diese zu beschließen. Auch davon aber stand er ab, als ihm von allen Seiten Nachrichten von Aufständen zuzingen. Da er obendrein jeden Tag den Einmarsch der Piemontesen erwartete, hielt er es für unerlässlich auf Verona und Mantua zurückzugehen, ehe auch diese Festen gefallen und ihm so der Rückzug verlegt sei: am 22. März trat er den Marsch gegen den Mincio an und erreichte glücklich die beiden schon gefährdeten Waffenplätze, deren schwache Besatzungen sich nicht mehr lange hätten halten können. Denn durch das ganze Land hatte sich mit unglaublicher Schnelligkeit die Erhebung verbreitet und überall fast über die bestürzten österreichischen Generale den Sieg davon getragen. Selbst in Venedig wich der Befehlshaber, Graf Zichy, kraftlos dem Andrängen der Patrioten, an deren Spitze der Advokat Manin stand. Schon am 22. wurde die Stadt geräumt, am 23. durch Manin die Republik des heiligen Marcus erneuert. Auch über die Grenzen des österreichischen Königreiches griff die Bewegung hinüber; aus Modena flüchtete der Herzog am 20. März nach Mantua; in Parma sagte sich Karl Ludwig, der erst am Neujahrstage in seiner neuen Residenz eingetroffen war und vom ersten Augenblicke an mit Widerwärtigkeiten hatte kämpfen müssen, von dem österreichischen Bündnis los, verhiess eine Verfassung und mußte trotzdem am 18. April fliehen; in Toskana behauptete sich der Großherzog nur dadurch, daß er erklärte, die Stunde der Wiedergeburt sei gekommen, und daß er seinen Soldaten und Freiwilligen erlaubte den Lombarden zu Hilfe zu eilen. Selbst in Rom und Neapel verlangte die Volksstimme so ungestüm den Krieg gegen Oesterreich, daß die Regierungen sich dem nicht entziehen konnten. Schon am 24. März marschierte das päpstliche Heer unter der Führung Durandos an die Nordgrenze und der Papst erteilte den Ausziehenden seinen Segen; wenige Tage darauf folgten 14 000 Neapolitaner, von Wilhelm Pepe

Revolution in
Mailand.

Radetzky's
Rückzug.

Die Republik
Venedig.

Das übrige
Italien.

geführt, dem Revolutionär von 1820. Vergeblich stellte selbst der englische Gesandte dem König Ferdinand vor, daß er ja gar keinen Grund zum Krieg mit Oesterreich habe und durch die Beförderung von Freiwilligen, die auf Staatskosten dem Heere über Livorno vorauseilten, ehe noch der Krieg erklärt war, das Völkerrecht verletze. Der König, der sich mit einem Mal „als Italiener und Soldat“ fühlte, beharrte auf seinem Willen, hauptsächlich wohl, weil er Karl Albert das Feld nicht allein überlassen wollte. Auch bei diesem hatte Lord Palmerston es nicht an Ermahnungen fehlen lassen, aber nur mit kurzem Erfolg. Während der lombardische Graf Arese noch am 20. März ohne Hoffnung auf Hilfe Turin verlassen mußte, beschloß der Ministerrat am 23. den Einmarsch in die Lombardei, und schon am 26. standen die ersten Piemontesen in Mailand. In seinen Ansprachen verkündigte Karl Albert, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo Italien sich selber helfen werde (*L'Italia farà de se*); nicht zum voraus wollte er sich Zugeständnisse ausbedingen, sondern den Lombarden, Parmesanen und Modenesen volle Freiheit lassen, wenn der Sieg errungen sei, selbst über ihre Zukunft zu bestimmen. Bis gegen den Mincio hin fanden die sardinischen Truppen keinen nennenswerten Widerstand; auch den Übergang über diesen Fluß erzwang General Bava am 8. April bei Goito durch ein vierstündiges Gefecht, in dem sich der Bersaglieri-Oberst La Marmora besonders auszeichnete. Damit hatte jedoch das Vorrücken ein Ende; die Angriffe auf Peschiera und Mantua, die im zweiten Drittel des April stattfanden, scheiterten völlig und liefen in eine bloße Einschließung aus, an der sich vor Mantua etwa 10 000 Mann aus Toskana und den Herzogtümern beteiligten. Oberhalb Veronas drangen die Italiener durch das Gefecht von Pastrengo am 30. April zwar bis an die Etsch vor und hoben die Verbindung jener Festung mit Tirol auf; aber mehr als dadurch gewonnen wurde, ging bei dem Hauptheere durch die Schlacht von Santa Lucia am 6. Mai verloren. Mit großer Tapferkeit hatte das piemontesische Centrum dieses auf dem Bergrande des rechten Etsch-Ufers eine halbe Stunde von Verona gelegene Dorf genommen; allein um so härter waren die beiden Flügel bedrängt, deren Vernichtung nur durch rechtzeitigen Rückzug abgewendet wurde. Seit diesem Tage, an dem die österreichischen Erzherzöge Franz Josef und Albrecht die Feuertaufe erhielten, verzichteten beide Heere für etwa drei Wochen auf jeden Angriff.

Die Lombardei.

Politisch war diese Pause für die Italiener höchst nachtheilig. In der Lombardei hatte die republikanische Partei Zeit sich zusammen zu finden und gegen die Vereinigung mit Piemont zu wählen. Mazzini erschien selbst an Ort und Stelle, und seinen Gesinnungsgenossen war die Unthätigkeit Karl Alberts, der nicht einmal fähig sei den schon besiegten Oesterreichern den letzten Stoß zu geben, ein unerschöpfliches Thema für ihre Volksreden. Und dabei geschah doch von ihrer Seite nichts, was eine kräftige Kriegsführung hätte ermöglichen können. Der

Einmarsch der Piemontesen.

Treffen bei Goito.

Pastrengo.

Santa Lucia.

Zuwachs, welchen das sardinische Heer aus der Lombardei durch Freiwillige und Ausgehobene erhielt, war gering an Zahl und noch geringer an Brauchbarkeit. Dazu kam, daß in diesen Wochen die übrigen italienischen Fürsten anfangen sich von der nationalen Sache zurückzuziehen. Die sardinische Politik war daran nicht ohne Schuld. Durch freiwillige Abstimmungen, die in Modena und Parma veranstaltet wurden und große Mehrheiten für die Vereinigung mit Piemont ergaben, erweckte sie die Eifersucht und den Neid der anderen Fürsten und steigerte deren Argwohn noch durch die Weigerung einen Kongreß zu beschicken, der in Rom unter des Papstes Vorsitz die Grundzüge eines italienischen Bundes feststellen sollte. Den Großherzog von Toskana mußte es insbesondere erbittern, daß Karl Albert einzelne Teile Parmas, die sich für den Anschluß an Toskana ausgesprochen hatten, militärisch besetzen ließ, also nicht einmal diese kleinen Striche dem Nachbar gönnte. Der Papst sah mit großem Mißfallen, daß sein General Durando, den er übrigens angewiesen hatte mit Karl Albert zusammen zu wirken, am 21. April wirklich über den Po ging und erst vor Mantua Stellung nahm, dann aber durch das Venetianische gegen den Piave rückte um den nahenden österreichischen Verstärkungen unter Graf Thurn den Weg zu verlegen. Den bitteren Empfindungen, mit welchen Pius diese entscheidende That begleitete, machte er am 29. April in einer Allokution an die Kardinäle Luft, in der er weit die Absicht von sich wies Österreich den Krieg zu erklären, da es vielmehr seines Amtes sei alle Völker mit gleicher Liebe zu umfassen. Aber Handlungen entsprachen dank den lebhaften Kundgebungen der Römer diesen Worten nicht. Vielmehr war die nächste Folge der päpstlichen Allokution die Ersetzung des bisherigen Ministeriums durch ein noch liberaleres unter dem Vorsitz des Grafen Mamiani, der Farini in das Hauptquartier Karl Alberts sandte und die römischen Truppen förmlich dem Befehle des Königs unterstellen ließ. Die moralische Wirkung der Allokution blieb trotzdem eine sehr bedenkliche, und je höher der Papst bis dahin als Vorkämpfer der italienischen Unabhängigkeit in den Augen der Nation gestanden hatte, umsomehr mußte es jetzt alle Patrioten verwunden und alle Reaktionen erfreuen, daß er so unverhohlen seine Sache von der seines Volkes trennte.

Der König von Neapel ging noch einen starken Schritt weiter als der Papst. Zum 15. Mai hatte er das Parlament berufen, welches die Verfassung vom 10. Februar durchberaten sollte. Trotz der Veränderungen, denen sie dabei noch ausgesetzt war, lag es im Plane sie vorher von dem Könige so gut wie von den Abgeordneten beschwören zu lassen. Dahinter erblickten nun die Radikalen eine List, deren Zweck sei jede Verbesserung des Entwurfes zu verhindern; und obgleich der König viel Entgegenkommen zeigte und Vorbehalte im Sinne der Abgeordneten bei der Eidesleistung zu gestatten bereit war, so wußten die Parteiführer das Volk dergestalt aufzuregen, daß es Barrikaden erbaute und die Regierung zwang die Truppen zusammenzuziehen. Wirklich Gewalt anzuwenden lag deshalb keines-

Die sardinische Politik.

Der Papst.

Neapel.

wegs in Ferdinands Absicht, und noch weniger wollte die Versammlung es zum Bruche treiben. Aber mächtiger als beide erwiesen sich die heftigen Republikaner. Als die Truppen eben aus den besetzten Straßen in die Kasernen zurückgeschickt wurden, fielen von einer Barrikade ein paar scharfe Schüsse, die der Pöbel mit lautem Beifall begrüßte; das Militär blieb die Antwort nicht schuldig, und bald war der Kampf allgemein. Das Ministerium wollte die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen und zog sich zurück; Ferdinand aber glaubte sich jetzt in seinem Rechte und erteilte persönlich die nötigen Befehle. Nach einem heißen Kampfe, der etwa tausend Opfer forderte, blieben die Truppen Sieger, die Volksvertretung wurde, als ob sie mitschuldig gewesen, aufgelöst und ein immer noch liberales, aber dabei partikularistisches Ministerium (Cariati-Bozzelli) eingesetzt. Die bedeutendste Folge dieses Wechsels war, daß Pepe den Befehl erhielt mit seinen 14 000 Mann zum Schutze Neapels zurückzukehren; zwar entschloß sich der Führer selbst nicht zu gehorchen, und etwa 1500 Mann, darunter einige tüchtige Offiziere wie Cosenz, folgten seinem Beispiel; aber der Hauptteil des Heeres kam der Weisung nach, und Karl Albert verlor gerade um diese Zeit, wo Radeky große Verstärkungen bekam und sich zu einem entscheidenden Schlage rüstete, diesen Zuzug, auf den er sicher gerechnet hatte.

Diplomatische
Verhandlungen.

Radeky aber zögerte umsoweniger die Gunst des Augenblickes zu benutzen, als er mit Besorgnis und Unwillen die Nachgiebigkeit des Wiener Ministeriums bemerkte, das entschlossen war schlimmsten Falls die ganzen italienischen Besitzungen fahren zu lassen und nur einen Teil der drückenden Staatsschuld auf sie abzuwälzen. Gelang es etwa Venetien mit der Mincio-Linie zu retten, so schien das schon ein großer Gewinn; und vollends die Möglichkeit die Lombarden mit der Personal-Union zu befriedigen galt für gar kein Opfer mehr. Mit diesem letzten Vorschlag versuchte man es also zuerst. Am 10. April reiste Graf Hartig mit außerordentlicher Vollmacht von Wien ab um den Italienern dies kaiserliche Zugeständnis zu verkündigen; schon einige Tage früher hatte der Minister des Auswärtigen, Fiquelmont, das englische Kabinett um seine Vermittlung gebeten. Aber der Wirrwar in Wien und der damals günstige Stand der italienischen Sache veranlaßten sowohl England wie die Italiener diese Vorschläge abzulehnen. Beachtenswert fand man es erst, als sie die Abtretung der Lombardei zugestanden, ein Anerbieten, das Baron Hummelauer, der am 14. Mai nach London geschickt war, dort machte. Lord Palmerston war dem Vorschlag wohl geneigt und suchte nur noch ein Stück von Venetien für Karl Albert auszubedingen; denn Österreichs Ohnmacht galt ihm für so zweifellos daß er nur auf dieses, nicht auch auf Sardinien zu drücken für nötig fand. Um so dankenswerter mußte der Beweis sein, daß der Kaiserstaat doch noch imstande sei es mit seinem Gegner aufzunehmen.

Der Kriegsschauplatz.

Wochenlang hatte Radeky auf das Hilfsheer von reichlich 20 000

Mann gewartet, das Graf Nugent im Friaul sammelte. Langsam war dasselbe über den Piave vorgebrungen, hatte Durando und La Marmora, der im Venetianischen den Oberbefehl führte, zurückgetrieben, und erst als Nugent erkrankte und durch den Grafen Thurn ersetzt wurde, einen schnelleren Schritt eingeschlagen, so daß es am 22. Mai mit Radetzky Fühlung gewann. Dieser raffte sofort alles, was vor Verona entbehrlich schien, etwa 40 000 Mann, zusammen und zog damit an der italienischen Front entlang nach Mantua, wo er am 28. eintraf. Am anderen Morgen fiel Fürst Felix Schwarzenberg aus der Festung aus und verjagte die Toskanesen, welche westlich davor lagen, aus Curtatone; dann machte das Heer eine Rechtschwenkung nach Norden und griff mit seinem rechten Flügel am 30. Goito an, während der linke die Straße nach Brescia abschneiden und so den Feind zwischen Mincio und Gtich einschließen sollte. Allein so vortrefflich der Plan auch war, so mißlang er doch. Trotz aller Tapferkeit war Benedek nicht imstande Goito zu nehmen und mußte sich abends zurückziehen; daß obendrein an demselben Tage Peschiera aus Mangel an Lebensmitteln sich ergab, vereitelte das ganze Vorhaben. Radetzky aber ließ sich nicht entmutigen, sondern schritt sofort zu einem neuen Unternehmen. Mit großer Schnelligkeit ließ er den größten Teil seines Heeres über Mantua und Legnago auf Vicenza losrücken, griff hier mit doppelter Übermacht am 10. Juni die 10 000 Mann Durandos an, warf sie nach schweren Kämpfen in die Stadt hinein und brachte sie am nächsten Tage zur Kapitulation, indem er ihnen gegen das Gelöbniß dreimonatlicher Neutralität freien Abzug in den Kirchenstaat zugestand. Sein linker Flügel unter Welden vollendete darauf die Unterwerfung Friauls, während der rechte unter Thurn weniger erfolgreiche Streifzüge in Südtirol machte und der Marschall selbst aufs neue seine Stellung in Verona einnahm.

Wiederbeginn
des Kampfes.

Peschiera.

Vicenza.

Neue Verhandlungen.

Unter diesen Umständen konnte im österreichischen Hauptquartier natürlich keine Neigung herrschen einen Waffenstillstand abzuschließen, wie es von Innsbruck aus und von dem neuen Minister des Auswärtigen, Baron Wessenberg, befohlen wurde. Den Wiedererwerb der Lombardei faßten die österreichischen Staatsmänner, als ob er doch unmöglich sei, gar nicht mehr ins Auge; aber sie hätten doch gern die Vereinigung des Landes mit Piemont verhindert. Darin trafen sie zusammen mit den Wünschen des französischen Ministers des Auswärtigen, Bastide, der offen heraus sagte, daß nur die Republiken Mailand und Venedig Anspruch auf französischen Schutz hätten. England hingegen zog gerade deshalb, weil es in Oberitalien eine Mauer gegen Frankreich zu errichten wünschte, die Verschmelzung der Lombardei mit Sardinien vor. Wenn es dadurch in einen starken Gegensatz zu den Interessen Österreichs trat, so lag für Wessenberg der Gedanke nahe die Vermittlung, die Hummelauer nachgesucht und Palmerston am 3. Juni angenommen hatte, nachträglich unter geeigneten Formen abzulehnen und sich un-

Anschluß der
Lombardei an
Piemont.

Anschluß
Venetiens.

mittelbar an die Regierung in Mailand zu wenden. Er entfandte zu diesem Zwecke am 13. Juni den Herrn von Schnitzer und bot einen Waffenstillstand sowie, gegen Übernahme eines Teiles der Staatsschuld, die völlige Unabhängigkeit der Lombardei an. Allein die vorläufige Regierung war gar nicht mehr in der Lage auf diese Vorschläge einzugehen. Am 29. Mai war nämlich in der ganzen Lombardei die Abstimmung beendet worden, welche mit 560 000 gegen kaum 700 Stimmen den Anschluß an Piemont entschieden hatte. Zwar stand die Genehmigung des Turiner Parlaments noch aus — sie erfolgte erst am 27. Juni —, aber Karl Albert hatte doch angenommen, und jedenfalls war die Mailänder Regierung gebunden. Graf Casati lehnt also am 18. Juni Schnitzers Eröffnungen ab indem er betonte, daß die Unabhängigkeit der Lombardei nicht genüge, daß auch Venetien von Österreich aufgegeben werden müsse. Den Venetianern aber wurde durch diese Vorgänge recht nachdrücklich vor die Seele geführt, daß sie der am meisten gefährdete Teil seien, eine Lehre, deren Ernst der Fall von Vincenza und Welsens Erfolge noch eindringlicher predigten. Auch dem glühendsten Republikaner konnte doch darüber kein Zweifel bleiben, daß trotz aller großen Worte der französischen Staatsmänner Venedig zuletzt das Eigentum des Siegers, also der Österreicher oder Karl Alberts, werden müsse. Klugheit und Patriotismus geboten also gleichmäßig den letzteren, dessen Herrschaft doch das kleinere Übel war, zu unterstützen und den Anschluß Sardinien nach Mailands Vorgang auszusprechen. So schwer dies Manin und seinen Genossen auch wurde, so fügten sie sich doch der Notwendigkeit und beriefen zum 3. Juli eine Landesversammlung, die mit 127 gegen 6 Stimmen die Vereinigung mit dem norditalienischen Königreiche beschloß.

Alles das schob die Gedanken an einen friedlichen Ausgleich in blaue Ferne; aber auch Radeky that das seine um dieselben aus der Welt zu schaffen. Fürst Felix Schwarzenberg, der „Armeediplomat“, mußte aus dem Hauptquartier nach Innsbruck reisen und vorstellen, daß eine Verstärkung der italienischen Armee weit mehr in Österreichs Interesse sei als Waffenstillstandsangebieten. Er konnte diese Vorstellungen mit dem Hinweis auf die Einnahme von Vicenza unterstützen und fand zudem einen kräftigen Beistand in der öffentlichen Meinung Deutsch-Österreichs, die von keinem Verzicht wissen wollte, und an dem erhöhten Selbstbewußtsein, das Windischgrätzens Sieg in Prag auch den Regierungskreisen einflößte. Die Vermittlungs- und Friedensgedanken wurden aufgegeben und Radeky erhielt freie Hand. Doch war nicht er es, der die zweite Pause, die seit dem 10. Juni in der Kriegsführung eingetreten war, beendete, sondern Karl Albert. Während er die eine Hälfte seines Heeres unter General Sonnaz um Peschiera stehen ließ, rückte er mit der anderen unter Bava am 12. Juli gegen Mantua und umzingelte die Festung; nur schwache Truppenteile verbanden die beiden Hälften. Dies machte sich Radeky zu nütze. Unbekümmert darum daß Karl Albert ihm am 18. den Vincio-Übergang

Wiederbeginn
des Kampfes.

bei Governolo (nahe der Mündung des Flusses) entriß, beschloß er für den 23. einen Stoß in das kraftlose Centrum des Feindes. Begünstigt von einem furchtbaren Unwetter rückte er in der Nacht von Verona gegen Sommacampagna vor und warf den Feind in lebhaftem Gefechte nordwestlich auf Peschiera zurück, während er selbst bis an den Mincio vordrang und in der Nacht zum 24. bei Salionze Brücken schlug. Dadurch war die piemontesische Armee zerrissen; nur auf dem westlichen Mincio-Ufer konnte die Verbindung ohne Gefahr wiederhergestellt werden. Sonnaz schlug diesen Weg ein und eilte südwärts gegen Goito Karl Albert entgegen; dieser hingegen wollte voll Ungestüm die Österreicher durch direkten Angriff aus ihren neuen Stellungen werfen und stürmte am 24. von seinem Lager vor Mantua nordwärts. Ein erster Triumph war ihm beschieden; bei Custozza stieß er auf die Brigade Liechtenstein, die Radetzky von Legnago her herbeigerufen hatte, brachte ihr die schwersten Verluste bei und bemächtigte sich des Höhenzuges von Sommacampagna bis Custozza. Infolge dessen standen die beiden Heere in der wunderlichsten Ordnung einander gegenüber, Radetzky bei Valeggio an den Mincio gelehnt, mit der Front gegen Südost, das feindliche Peschiera hinter sich; Karl Albert mit dem Rücken gegen Mantua, durch den Mincio von Sonnaz getrennt, mit der Front nach Nordosten. Er hatte nur 20 000 Mann zur Verfügung, der Feind gebot über 35 000. So begann am 25. Juli die Schlacht bei Custozza. Wäre es dem König gelungen Valeggio zu nehmen und so die Verbindung mit Sonnaz herzustellen, so hätte der Sieg sich auf seine Seite neigen mögen. Aber alle Anstrengungen waren vergebens, vergebens auch, daß auf dem rechten Flügel bei Sona der Herzog von Genua und im Centrum bei Custozza dessen Bruder, der Kronprinz Victor Emanuel, heldenmütig fochten; der gewaltigen Übermacht erlagen sie und gegen Abend mußte der Rückzug über Villafranca auf Goito angetreten werden. Er vollzog sich in guter Ordnung und die Verluste waren geringer als die der Österreicher, angeblich kaum 900 Mann, gewesen. Trotzdem war es eine unzweifelhafte Niederlage, und als der Mincio überschritten wurde, zeigten sich die Anfänge der Entmutigung. Ein verhängnisvoller Fehler am nächsten Tage vergrößerte das Unglück. Um Radetzky, der bei Valeggio den Fluß überschritten hatte, zu verhindern den Rücken der Italiener zu bedrohen erhielt Sonnaz Befehl das nördlich von Goito gelegene Volta zu nehmen. In einem furchtbaren Straßenkampfe in der Nacht zum 27. Juli suchte er diese Aufgabe zu lösen und scheiterte daran. Das gab der entkräfteten Armee den Rest; der Rückzug artete in völlige Flucht aus; auch der tüchtige Bava, dem Karl Albert den Oberbefehl übergab, konnte ihr kein Halt gebieten. Ein Gesuch um Waffenstillstand mit dem Oglio als Trennungsmarke wies Radetzky mit der Forderung der Adda-Linie zurück; diese anzunehmen oder über den Po zu gehen durfte Karl Albert aus politischen Gründen nicht wagen. Unaufhaltsam ging deshalb die Flucht bis Mailand zurück; in der Frühe

Custozza.

Der Rückzug.

des 3. August traf der König dort ein, den feindlichen Vortrab auf den Fersen. Und auch hier konnte von einer längeren Verteidigung nicht die Rede sein; denn nichts war für diesen Fall vorgesehen. Zwar suchte das Volk mit Gewalt den König an Verhandlungen zu hindern; in seinem Palaste wurde er belagert und mit dem Tode bedroht; bis zum äußersten wollte man Widerstand leisten und lieber unter den Trümmern der Stadt zu Grunde gehen. Aber die Macht der Thatsachen war größer als der Ungestüm des Volkes. Schon am 5. August wurde die Übergabe der Stadt vereinbart und in der Frühe des 6. räumte der „Verräter“ unter allgemeinen Verwünschungen die Stadt, in seinem Gefolge gegen 60 000 Einwohner, welche die Rache des Feindes zu fürchten hatten. In den Alpenthälern wurde der Kampf von Freiwilligensharen noch einige Wochen fortgesetzt; besonders Garibaldi, der Ende Juni aus Südamerika zurückgekehrt die Seele des Volkskrieges war, hielt sich tapfer zwischen dem Langen und dem Comer-See, bis ein unglückliches Treffen bei Murazzone am 26. August ihn zur Flucht nach Tessin zwang. Karl Albert dagegen schloß schon am 9. August in Vigevano als Einleitung zum Frieden einen Waffenstillstand auf 45 Tage mit General Fesè, dem Generalstabschef Radetzky, ab und verpflichtete sich die Lombardei, Parma, Modena und Venedig zu räumen. Das piemontesische Ministerium, das unter dem Vorsitz des Mailänders Casati am Tage von Custozza gebildet war und neben dem Venetianer Paleocapa auch Gioberti zu seinen Mitgliedern zählte, weigerte sich diesen Schritt des Königs zu billigen und machte einem neuen Kabinett unter dem Vorsitz Revels Platz. Damit erlosch auch das Hilfesuch, welches Pareto, der bisherige Minister des Auseren, am 5. nach Paris gerichtet hatte. Die Geneigtheit darauf einzugehen war bei der französischen Regierung nicht eben groß gewesen; die Truppen, die zu ihrer Verfügung standen, waren nur gering an Zahl; die Möglichkeit eines Krieges am Rheine mußte sehr in Erwägung gezogen werden und vor allem, die Republikaner empfanden gar keine Neigung dem gehafteten Karl Albert die Lombardei zu erobern. Viel eher waren sie geneigt den flehenden Bitten der Mailänder und Venetianer zu willfahren und für die Unabhängigkeit dieser beiden „Nationalitäten“, vorausgesetzt, daß sie sich republikanisch einrichten würden, einzutreten. Allein ihr Hauptaugenmerk dabei blieb doch nicht allzuviel zu wagen und sich nicht gar zu weit von England zu trennen. Mit diesem gemeinsam versuchten sie also Österreich zur Nachgiebigkeit zu bestimmen oder vielmehr es bei seinen früheren Zugeständnissen festzuhalten. Den Verhandlungen, die deshalb gepflogen wurden, können wir indes erst später unsere Aufmerksamkeit zuwenden, und verlassen Italien in diesem Zustande der unsicheren Ruhe um zunächst die Lage Frankreichs zu betrachten.

Räumung von
Mailand.

Garibaldi.

1848

Waffenstill-
stand von
Vigevano.

Politische
Lage.

Die Befestigung der französischen Republik.

Der Vollziehungs-Ausschuß unter Arago's Vorsitz, welcher von der Der 15. Mai. konstituierenden Versammlung am 10. Mai erwählt worden war, erfreute sich von vornherein nicht des Beifalls der Radikalen und der Sozialisten, deren unverrücktes Ziel es blieb ihn zu stürzen und die Versammlung zu sprengen. Dem ersten Versuche in dieser Richtung sollte die weitverbreitete Teilnahme für Polen zum Vorwande dienen. Für den 15. Mai, als eben der Aufstand in Posen niedergeworfen war, stand eine Adresse polnischer Abgeordneter zur Verhandlung, die Wolowski, ein naturalisierter Franzose, überreichen und verteidigen wollte. Während die Sitzung ihren Verlauf nahm, sammelten sich vor dem Palaste ungeheure Scharen Volkes, von Blanqui, Raspail, Huber u. a. geführt. Der Polizeipräsident Caussidière, der im Verdachte stand ihnen geneigt zu sein, ließ sich nicht sehen, und der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, Courtais, verhandelte mit ihnen statt Gewalt anzuwenden. So brach die Menge denn in den Sitzungssaal ein und warf die ganze Versammlung über den Haufen. Nachdem Raspail eine wütende Adresse zu Gunsten der Polen, Barbès den Krieg gegen Rußland, Blanqui eine Willkür-Steuer auf den Reichtum durch den Pöbel hatte genehmigen lassen, erklärte Huber die Nationalversammlung für aufgelöst und forderte zur Bildung einer neuen Regierung auf. Der republikanischen Überlieferung gemäß sollte diese aber nicht in dem Palaste der Nationalversammlung, gegen den überdies schon die Truppen heranrückten, sondern im Stadthause thronen; dahin brach also die Menge auf. Raum aber hatten die neuen Machthaber, unter ihnen Albert, Barbès, Blanqui, Louis Blanc, Proudhon, Cabet, Raspail, das Sitzungsgebäude verlassen, so trafen vor demselben, durch einen schriftlichen Befehl des Präsidenten Buchez berufen, die ersten Legionen der National- und Mobilgarde ein. Unverweilt führten Lamartine und Ledru Rollin, welcher den angebotenen Sitz in der neuen Regierung verschmähte, sie gegen das Stadthaus, überrumpelten die Sozialisten und bemächtigten sich ihrer Häupter. Einen so schnellen Sieg hatte niemand erwartet; ein Gefühl der Kraft und Sicherheit, wie sie es lange nicht gekannt, überkam die Partei der Ordnung; kräftige Maßregeln sollten das Errungene sichern. Caussidière und Courtais wurden abgesetzt, die unzuverlässige Polizeigarde umgestaltet und die bewaffnete Macht in der Hauptstadt auf 55 000 Mann gebracht. Auch gegen die Führer ging man entschlossen vor; von dem Gerichtshof zu Bourges, der damit betraut wurde, verurteilt, büßten die einen wie Barbès und Albert ihren Frevel mit Deportation, andere wie Blanqui mit mehrjährigem Gefängnis; Louis Blanc entzog sich der Bestrafung durch die Flucht. Die wichtigste Maßregel, die sich zum Schutze der Ordnung treffen ließ, war aber zugleich die schwierigste: es galt die eigentliche Brutstätte der Verschwörungen, die Nationalwerkstätten, zu

Sicherheits-
maßregeln.

Die National-
werkstätten.

beseitigen. Gegen 120 000 Arbeiter faulenzten in diesen auf Staatskosten bei einem täglichen Solde von 2 Franken; die wöchentliche Zubuße der Staatskasse betrug zuletzt eine Million. In den Provinzen hätte man Tausende bei nutzbringenden Arbeiten verwenden können und wäre sie dann zugleich in der Hauptstadt los geworden; auch die Besitzer der großen Fabriken wünschten lebhaft Arbeiter heranzuziehen, da ihnen ihre Leute massenhaft davonliefen zu dem bequemeren Dasein in den Nationalwerkstätten. Die Regierung sann also darauf die letzteren zu schließen; aber sie traf dabei auf entschlossenen Widerstand. Die Verhaftung des Direktors der Werkstätten, Emil Thomas, und seine gesetzwidrige Abführung nach Bordeaux steigerte den Grimm; die Weisung an die Arbeiter von 18 bis 25 Jahren sich mit bestimmten Aufträgen in die Provinz zu begeben oder der Einstellung in das Heer gewärtig zu sein stieß auf offenen Ungehorsam und Vorbereitungen zu gewaltsamer Abwehr. Eine Abordnung, deren Sprecher ein gewisser Pujol war, stellte den Vollzugsausschuß zur Rede; in dessen Namen antwortete Marie, mutig und unbedingt die gestellten Forderungen abweisend; zum äußersten bereit sammelten sich die Arbeiter am Abend des Tages (des 22. Juni) auf dem Pantheons-Platz und beschloßen den Aufstand. Die Nacht verging unter Vorbereitungen; am anderen Morgen erstanden Barrikaden über Barrikaden. Aber auch die Regierung war gerüstet. Cavaignac, der am 17. Juni zum Kriegsminister ernannt war, hatte einen vollständigen Feldzugsplan ausgearbeitet, der jetzt sofort ins Leben trat. Er selbst mit der Hauptmacht der Truppen besetzte den Eintrachtsplatz und deckte den Palast der Nationalversammlung; beim Stadthause führte Bedeau den Befehl, am rechten Seine-Ufer Lamoricière, am linken Damesme. Planmäßig wurde vorgegangen und manche Barrikade erobert; allein die Gefahr zu beseitigen gelang an diesem Tage nicht. Da faßte die Nationalversammlung einen weisen Beschluß; auf Pascal Duprats Antrag verhängte sie morgens am 24. den Belagerungszustand über Paris und übertrug Cavaignac die Diktatur. Mit äußerster Entschlossenheit machte dieser von seiner Gewalt Gebrauch; das Pantheon wurde erstürmt, das linke Seine-Ufer fast ganz unterworfen, vom Stadthaus der Aufstand weit zurückgedrängt. Schon hoffte man die Gegner soweit eingeschüchtert zu haben, daß sie versöhnlichen Zureden nachgäben; allein dieser Irrtum forderte am nächsten Morgen zwei beklagenswerte Opfer. Am linken Seine-Ufer bemächtigten sich (beim Thore von Fontainebleau) die Aufrührer des Generals Bréa, der Verhandlungen eröffnen wollte, und ermordeten ihn auf scheußliche Weise; und in der Vorstadt St. Antoine fiel der Erzbischof Affre, als er in voller Amtstracht mit dem Friedenszweig über die Barrikaden zu den Aufständischen schritt, von einer Kugel, man weiß nicht welcher Partei. Ein mißverständener Trommelwirbel war als Zeichen zum Wiederbeginn des Kampfes, der um des Erzbischofs willen eingestellt war, aufgefaßt worden, und einer der ersten Schüsse traf den mutigen Vermittler. Nun wollte Cavaignac

Der Juni-
Aufstand.

von keinen Unterhandlungen mehr hören; überall ging es von neuem zum Angriff, und fast überall war die Ordnungspartei Siegerin. Am Abend des 25. war nur noch die festeste Burg des Aufstandes, die Vorstadt St. Antoine, in dessen Gewalt. Trotz ihrer verzweifeltsten Lage verweigerten die Verteidiger die Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade, zu der ihnen Cavaignac bis 10 Uhr morgens am 26. Frist gab; ein Kampf von einer Stunde genügte sodann die Hauptmacht zu bezwingen; in den Seitenstraßen setzte sich der Kampf wohl noch bis gegen Abend fort; aber schon um Mittag war die völlige Niederlage der Empörer entschieden.

Freilich furchtbare Opfer hatte sie auf beiden Seiten gefordert; niemals zuvor war mit solcher Heftigkeit in den Straßen von Paris gekämpft worden, wie in dieser viertägigen Junischlacht. Ob zwei, ob fünf, ob zehntausend Menschen gefallen waren, niemand konnte es bestimmen; 12—14 000 Auführer lagen als Gefangene in den Kasematten. Die Truppen beklagten den Tod Bréas und 6 anderer Generale; Damesme war erschossen, Bedeau verwundet; auch Abgeordnete, unter ihnen Bizio, hatten den Tod gefunden; der Erzbischof Affre wurde von allen Parteien gepriesen und betrauert. Cavaignac aber war der Held des Tages. Als er am 28. seine Diktatur niederlegte, sprach die Nationalversammlung ihm den Dank des Vaterlandes aus und ernannte ihn zum Haupt der Vollziehungsgewalt und zum Kabinettspräsidenten. Mit dem Kriegsministerium betraute er Lamoricière, im auswärtigen Amte blieb angeblich bis zur Genesung Bedeau's, in Wirklichkeit aber auch darüber hinaus Bastide; Changarnier wurde Befehlshaber der Nationalgarde. Die Gefangenen in den Kasematten wurden durch Beschluß der Nationalversammlung, da ein gerichtliches Verfahren bei ihrer Menge nicht möglich schien, theils sofort entlassen, theils (etwa 4400) zur Deportation verurteilt, elf der extremsten Blätter unterdrückt, die Press- und Vereinsfreiheit durch neue Gesetze eingeschränkt. Daß die Nationalwerkstätten geschlossen, unzuverlässige Legionen der Nationalgarde aufgelöst und allen Bürgern die Waffen abgefordert wurden, verstand sich von selbst. Der Schreck, den die überwundenen Gefahren jedem Besizenden eingeflößt, erlaubte jetzt Maßregeln, ja heischte sie mit lauter Stimme, die ein halbes Jahr früher über Louis Philipps Regierung das einmütigste Verdammungsurteil heraufbeschworen hätten. Und kaum konnten die Nationalversammlung und Cavaignac der öffentlichen Meinung in solchen Beschränkungen der Freiheit genug thun. Denn war man wirklich sicher, daß die Gefahren überwunden seien? Konnten sie nicht jeden Augenblick von neuem auftauchen? Wagte nicht nach allem was vorgefallen, Proudhon noch eine Steuer im Betrage eines Drittels des reinen Einkommens zu beantragen und der Versammlung, die seine Rede durch Gelächter unterbrach, zuzurufen: Was ich sage, macht Sie jetzt lachen; aber was ich sage, das wird Sie umbringen!? Welcher Art die Stimmung im Lande war, lehrten die Ersatzwahlen. Schon die, welche nach dem Maiauf-

Cavaignac
Haupt der
Vollziehungsgewalt.

Louis Napo-
leon.

stande stattgefunden, hatten neben Extremen, wie Proudhon und Victor Hugo, Monarchisten wie Thiers und Changarnier in die Versammlung geführt; jetzt gesellten sich Molé, Bugeaud u. a. zu ihnen. Schon damals im Mai war auch der Name des Prinzen Louis Napoleon, der noch in London in der Verbannung lebte, in vier Departements aus den Wahlsurnen hervorgegangen; aber wie er Ende Februar auf das Verlangen der vorläufigen Regierung Paris, wohin er geeilt war, sogleich wieder verlassen hatte, so hielt er es auch vor dem Juni-Aufstande für geraten auf seinen Sitz zu verzichten, obgleich die Nationalversammlung seine Wahl am 13. Juni gegen den Antrag des Vollziehungsausschusses auf Befürwortung Jules Favres, Louis Blancs und anderer Radikaler bestätigt hatte; „wenn mir indes das Volk Pflichten auferlegen sollte“, so hatte der Prinz damals an den Präsidenten geschrieben, „so werde ich sie zu erfüllen wissen.“ Jetzt wurde er bei den Ersatzwahlen am 17. September abermals in 5 Departements gewählt; die Hauptstadt selbst gab ihm 110 000 Stimmen; und nun zauderte er nicht, unter Beteuerungen lebhafter Dankbarkeit für die Republik, die seine Verbannung beendet, am 26. September in die Versammlung einzutreten und die Ergebnisse seines einsamen Nachdenkens und seinen guten Willen in ihren Dienst zu stellen. So wenig Anhänger er unter den Volksvertretern hatte, so groß war seine Partei im Lande, zumal unter den Bauern. Diesen hatte die Republik bisher nichts gebracht als erhöhte Steuern und fortdauernde Unsicherheit; in ihren Augen war Cavaignac wohl ein geringeres Übel als Raspail; die gemäßigte und „honette“ Republik erträglicher als die rote; aber Vertrauen erweckte die eine so wenig wie die andere, und Blendendes, Begeisterndes hatte der nüchterne Cavaignac durchaus nicht. Die langwierigen Verhandlungen, in denen vom 4. September bis 4. November die Nationalversammlung in drei Lesungen die neue Verfassung beriet, fesselten die öffentliche Aufmerksamkeit auch nur wenig, und das Ergebnis derselben stieß in diesem Punkte die eine, in jenem die andere Partei zurück. Die erregtesten Verhandlungen waren über drei Fragen geführt worden: ob man das Recht auf Arbeit jedem Franzosen gewährleisten, ob das Ein- oder das Zweikammersystem eingeführt werden, ob der Präsident der Republik aus der Volkswahl oder aus der Abstimmung der Nationalversammlung hervorgehen solle. Wie nicht anders zu erwarten stand, war das Recht auf Arbeit gestrichen, aber statt dessen doch der Republik die Aufgabe zugewiesen das Dasein des dürstigen Bürgers durch Arbeit oder Unterstützung zu sichern; das Zweikammersystem war mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt, die Wahl des Präsidenten endlich mit 627 gegen 130 Stimmen dem Volke übertragen worden. Daß damit die Aussichten Louis Napoleons beträchtlich stiegen, wollte die Mehrheit nicht einsehen; nicht einmal der Antrag sämtliche Mitglieder der Familien, welche über Frankreich geherrscht, von der Bewerbung auszuschließen erschien ihr nötig; es stand also nichts im Wege, daß der Nefte des Kaisers sich

Beratung
der Ver-
fassung.

dem Volke zur Wahl am 10. Dezember als Bewerber darbot. Der einzige ernstliche Gegner, der ihm gegenüber treten konnte, war Cavaignac; denn Lamartines glänzende Popularität war spurlos verschwunden, und die Ledru Rollin oder Raspail hatten höchstens in den großen Städten auf beträchtliche Stimmenzahlen zu hoffen. Gegen Cavaignac richtete sich folglich die ganze Arbeit der Bonapartisten, und wissentlich oder unwissentlich halfen ihnen dabei die Radikalen. Ein beliebter Vorwurf wurde es, der Diktator habe den Juni-Aufstand absichtlich erstarken lassen um sich desto besser als Retter aufspielen und den Vollziehungsausschuß beiseite schieben zu können. Mißgriffe Cavaignacs kamen hinzu; eine Liste von 5000 Personen, die er zu Nationalbelohnungen vorschlug, mußte zurückgezogen werden, weil auf ihr die Namen von Dieben und Hinterbliebenen von Mördern nachgewiesen wurden; diese „Pensionäre des Generals Cavaignac“ waren für bonapartistische Federn wie Emil Girardin ein dankbares Wühlmittel. Ein Ministerwechsel, den der Präsident im Oktober veranlaßte, verstimmt viele Republikaner ohne die Monarchisten zu gewinnen; es half nichts, daß Dufaure als Minister des Inneren den Belagerungszustand in Paris aufhob; das entfremdete wieder die Gemüter der Ängstlichen. Die Ehrgeizigen andererseits unter den Konservativen sogut wie unter den Ultramontanen, ja selbst unter den Radikalen, wandten sich dem Bonaparte zu, weil sie unter ihm leichter zur Macht zu kommen hofften als unter dem starren Cavaignac; so erklärten sich Thiers, Molé, Montalembert, Odilon Barrot, Crémieux für Napoleon. Den Sozialisten war größtenteils jeder recht, der Aussicht bot den verhassten Juni-Sieger zu stürzen; die Hauptschar aber bildeten die Bauern und kleinen Bürger, die mit Begeisterung an dem Namen des Kaisers hingen und von dem Neffen auf Grund unaufhörlicher Versprechungen die Aufhebung des 45prozentigen Steuerzuschlags hofften, welchen die Republik nun schon seit reichlich einem halben Jahr erhob. Unter solchen Umständen wurde am 10. Dezember 1848 die Präsidentenwahl vollzogen; Bonapartes Sieg wurde mit ziemlicher Sicherheit vorausgesehen, aber so glänzend hatte ihn doch niemand erwartet. Von 7 300 000 Stimmen fielen fast $5\frac{1}{2}$ Million auf Louis Napoleon, nicht ganz $1\frac{1}{2}$ Million auf Cavaignac, auf Ledru Rollin 370 000, auf Raspail 37 000 und 17 900 auf Lamartine; unter 86 Departements hatten nur vier in ihrer Mehrheit Cavaignac gewählt, alle übrigen, darunter auch Paris mit reichlich zwei Dritteln seiner Stimmen, den Abenteurer von Straßburg und Boulogne. Zehn Tage darauf, am 20. Dezember, trat er sein Amt an, das verfassungsmäßig bis zum zweiten Sonntag im Mai des Jahres 1852 dauern sollte. Nachdem Cavaignac seine Vollmachten niedergelegt hatte, nahm Armand Marrast, der Präsident der Nationalversammlung, dem 40 jährigen Erwählten den Eid der Treue gegen „die eine und unteilbare demokratische Republik“ ab. Aus freien Stücken fügte der neue Präsident in kurzer Rede die Versicherung hinzu, daß er seine Pflichten als Ehrenmann erfüllen und keinen anderen

Die Präsidentenwahl.

Napoleon
Präsident der
Republik.

Willen als den der Bürger-Abgeordneten haben werde. Mit verbindlicher Wendung schritt er auf Cavaignac zu, ergriff dessen Hand und erklärte es für seinen Stolz der Nachfolger eines solchen Mannes zu sein. Eine stumme Verbeugung war die Antwort des Generals. Dann verließ der Präsident, von dem Bureau geleitet, den Sitzungsaal und begab sich zu seinem ersten Empfang in den ihm angewiesenen Palast, Elysée Bourbon. Die Ernennung des Ministeriums wurde noch am selben Tage vollzogen: Odilon Barrot erhielt den Vorsitz, das Auswärtige Drouyn de L'Huys, das Innere Léon de Malville; die meisten Namen, wie Falloux, Faucher, Bizio, Passy, waren ohne hervorragende Bedeutung, ihre Parteistellung sehr verschieden und nur darin gleich, daß alle außer Bizio den Gruppen der konservativen Mehrheit angehörten.

Die rückläufige Bewegung der französischen Revolution war damit an einem auch dem schwächsten Auge erkennbaren Marksteine angelangt. Mit unverhohlenem Behagen begrüßte die Reaktion in ganz Europa, trotz des Mißtrauens, das sie gegen napoleonische Eroberungsgelüste hegte, die neue Entwicklung. Die Besorgnisse, welche die Erhebung eines Bonaparte erwecken mochte, wurden durch die vermeintlich unbedeutende Persönlichkeit des abenteuerlichen Prinzen herabgedrückt. Daß er selbst auf die Dauer sich behaupten werde, erschien nicht sehr wahrscheinlich; viel glaublicher klang die Prophezeiung, daß er nur den Übergang zu der alten monarchischen Ordnung zu vermitteln berufen sei. Jedenfalls war die Republik jetzt in das konservative Fahrwasser hinübergeführt; hatte die Junischlacht den Sozialismus beseitigt, so war durch die Präsidentenwahl das schroffe Republikanertum aus dem Sattel gehoben. Die extremsten Parteien hatten somit ausgewirtschaftet und gefährdeten die rückläufige Entwicklung des übrigen Europa nicht mehr. Auch die Mittelparteien konnten eine gewisse Befriedigung über den neuen Zustand Frankreichs empfinden. Durch die Verfassung vom 4. November hatte derselbe feste Formen angenommen, die einer gesunden Entwicklung durchaus fähig schienen. Eine Störung von links war für lange hinaus nicht zu erwarten, und gerade weil der neue Präsident so wenig zu bedeuten hatte, ließ sich hoffen, daß auch von seiner Seite kein Übergriff geschehen werde. Die Lage Frankreichs war gleichsam durch ein Parallelogramm der Kräfte geschaffen; das Übertriebene der revolutionären Bewegung war überwunden, das Berechtigte und Wünschenswerte geblieben. Der Mann, den vor dem 24. Februar der gesamte Liberalismus an die Spitze des Ministeriums gestellt haben wollte, Odilon Barrot, war jetzt der erste Ratgeber des Präsidenten. Wenn man die Lage als eine befriedigende bezeichnen wollte, konnte man kein überzeugenderes Symptom anführen als diese Thatsache. Zog man dann noch weiter in Erwägung, daß in Preußen und Oesterreich die Dinge ganz ähnlich lagen, so mochte man zu der Überzeugung kommen, daß die Zeit erschienen sei die Errungenschaften der Revolution in Ruhe auszubauen.

Parlament und Reichsverweser.

Die deutsche Bewegung hatten wir bei einem wichtigen Abschnitt, vor dem Zusammentritt des Frankfurter Parlamentes, verlassen. Um diese Zeit war die unwiderstehliche Gewalt der Revolution bereits gebrochen, aber ein klares politisches Programm hatte sich noch nicht zur Herrschaft durchgekämpft. Den Vertretern des Volkes kam es zu dieser zu finden und zu verfechten. Groß waren deshalb Jubel und Hoffnung, womit man sie begrüßte. Unter Glockengeläut und Kanonendonner, unter dem jauchzenden Zuruf der Menge zogen die 330 Männer, die sich am Eröffnungstage, dem 18. Mai 1848, zusammengefunden hatten, von dem altehrwürdigen Römer in die Paulskirche, die ihnen zum Sitzungsraume angewiesen war. Den Vorsitz führte das erste Mal der 70jährige Alterspräsident Dr. Lang von Berden; anderen Tags wurden Heinrich von Gagern als erster, von Soiron als zweiter Präsident zur Leitung der Versammlung erwählt. Es war keine leichte Aufgabe, die ihnen zufiel. Denn die 586 Männer, welche hier zusammen tagen sollten, bildeten wochenlang ein wildes Chaos, in dem kaum die Ansätze einer gefunden Parteibildung zu erkennen waren, und selbst die Mitglieder aus dem Süden, die des parlamentarischen Lebens doch einigermaßen gewöhnt waren, entbehrten gänzlich der Übung und Gewandtheit in einem so viel größeren Kreise. Mehr als durch die sehr mangelhafte Geschäftsordnung, die man auf Vorschlag der Fünziger vorläufig annahm, litt die Ordnung der Verhandlungen durch die Unbotmäßigkeit der Mitglieder, die sich in furchtbaren Tumulten nur zu häufig kund gab. Dazu gesellte sich eine unglaubliche Redelust und ein unverwüftlicher Drang Anträge zu stellen. Alle die zahlreichen Lokalgrößen, die in der Paulskirche ihren Platz neben den erlauchtesten Geistern der Nation gefunden hatten, wollten ihren Auftragebern den Beweis liefern, daß sie im Parlamente weder unthätig noch überflüssig seien, und ließen sofort, theils aus rein persönlichen Beweggründen, theils nur weil ihnen die Fühlung mit den Gesinnungsgenossen noch mangelte, jeder für sich ihre Anträge los, so daß deren, als die erste Woche verstrichen war, schon über hundert dem Präsidium vorlagen, viele darunter nur durch die Wortfassung voneinander verschieden. Und wie jedes einzelne Mitglied, so mußte auch der Vorsitzende sich erst in die Verhältnisse einleben und einlernen. Es kam zu Anfang wohl vor, daß Gagern selbst von seinem Präsidentensitze aus unter dem Vorwande die Sachlage zusammenzufassen lebhaft in die Versammlung eingriff, daß er Verstöße gegen die Geschäftsordnung begehen ließ und selbst beging, und daß er dem Lärmen in der Versammlung und auf den Gallerien ungestörte Freiheit gewährte. Das souveräne Volk im Zuhörerraume wurde mit der größten Zartheit behandelt; Wochen vergingen, ehe zum ersten Male die Drohung ertönte, der Präsident werde die Tribünen räumen lassen; zunächst wurde der

Das Frankfurter Parlament.

ungeberdigste Lärm von oben wie von unten geduldig hingenommen, oder höchstens die schüchternste Aufforderung gewagt, wer nicht mehr hören wolle, möge sich doch entfernen. Gewiß würde man schneller über diese krankhaften Anfangszustände hinweggekommen sein, wenn man sofort mit ernster Arbeit sich hätte beschäftigen können. Aber ein Verfassungsentwurf war ja trotz aller Vorarbeiten nicht da, es mußte zunächst ein Ausschuß gewählt werden ihn vorzubereiten, und ehe dieser sein Werk auch nur teilweise einreichen konnte, verstrichen Wochen. Womit sollte man diese ausfüllen als mit Debatten, und worüber konnte man debattieren als gerade über die aufregendsten Tagesfragen, welche der Leidenschaftlichkeit und Überschwenglichkeit die reichste Nahrung boten? Daß dabei nicht viel herauskam, verstand sich von selbst, und so erscholl bald, in und außer der Versammlung, die heftige Anklage der Thatenlosigkeit. Der Bundestag sogar, rief Benedey entrüstet aus, führt die Geschäfte rascher als wir, und alle die Antragsteller, deren Vorschläge noch nicht zur Verhandlung standen und bei ihrer maßlosen Zahl dazu auch noch lange keine Aussicht hatten, stimmten in den Chorus ein. Und doch wurde fleißig genug gearbeitet, nicht allein in den fast täglichen Plenarversammlungen, sondern auch in den Ausschüssen, die für Marine und Heer, für die österreichisch-slawische und für die holsteinische Frage, für internationale Angelegenheiten und für die Errichtung einer vorläufigen Centralgewalt und für viele andere Dinge eingesetzt waren. Der Krieg in Schleswig und Oberitalien, der Slawenkongreß in Prag und die Aufstände in Posen, die drohenden Rüstungen Rußlands und das Erstarken der Reaktion, die Stellung zu der Berliner Nationalversammlung und Militärkrawalle in Mainz, das größte und das kleinste, das fernste und das nächste wurde in die Verhandlung gezogen und erregte die Geister ohne ihnen die Befriedigung zu schaffen wirklich etwas geleistet zu haben. Man jubelte ordentlich auf, als man am 14. Juni zuerst einen greifbaren Beschluß gefaßt und 6 Millionen Thaler für die deutsche Flotte bewilligt hatte, wobei es freilich dem Bundestag überlassen blieb für die Beschaffung des Geldes Sorge zu tragen. Wenige Tage darauf lag endlich der Antrag des Ausschusses auf Begründung einer vorläufigen Centralgewalt an Stelle des Bundestages vor. Aber wie wenig sich die Parteien auch jetzt noch geklärt hatten, wie ungeordnet sich das parlamentarische Leben noch bewegte, das zeigte sich gerade bei diesen Verhandlungen aufs schärfste. 16 Anträge hatten dem Ausschuß vorgelegen, und als er den seinen einreichte, kamen 33 neue dazu; 189 Redner verlangten das Wort. Schroff standen sich die Ansichten gegenüber. Sollten die Regierungen allein, sollten sie in Gemeinschaft mit der Versammlung, sollte diese unbekümmert um jene die Centralgewalt schaffen? Sollte eine Mehrheit von Personen oder ein einzelner, eine fürstliche Person oder ein Mitglied der Versammlung, ein Verantwortlicher oder ein Unverantwortlicher mit der höchsten Macht bekleidet werden? Es war ein

Die vorläufige
Centralge-
walt.

wirres Durcheinander der Meinungen, in dem die Debatte tagelang in heftigster Leidenschaft hin und her wogte. Der Ausschufsantrag, den Dahlmann vertrat, unterlag schnell in diesem Strudel; sein Direktorium von drei Mitgliedern, von den Regierungen bezeichnet und von der Versammlung bestätigt, war ein künstlicher Behelf, der vielleicht in nüchternen Erwägung, aber gewiß nicht in stürmischer Debatte den Sieg erringen konnte. Mit Leidenschaft verfocht die Linke, die sich am schnellsten zusammenschloß, den Antrag von Blum und Trübschler, der als Centralgewalt nur einen Vollziehungsausschuß der souveränen Nationalversammlung wollte. Ungeordnet und zersprengt kämpften die Anhänger der preußischen Spitze; nur ein kleines Häuflein, Braun von Köslin, Nizze von Stralsund und Röder von Neustettin, bekannte sich offen zu ihrer Fahne; nicht einmal die zwanzig Männer, die zur Unterstützung nötig waren, scharten sich um sie und ihr Antrag ward mit „stürmischer Heiterkeit“ abgewiesen. Unter den Rednern, welche die Rechte der Regierungen wahrten und von diesen den Reichsstatthalter ernannt wissen wollten, ragte Georg Vincke an Geist und Schroffheit hervor; unzweideutig wies er auf den Erzherzog Johann von Oesterreich hin als auf den Mann, den die Wahl treffen werde und der jedem in der Versammlung genehm sein könne. Endlich sah man ein, daß man auf dem bisherigen Wege nicht weitergehen dürfe. Noch hatte lange nicht die Hälfte der Redner gesprochen, da ward beschlossen unter den Anträgen eine Auslese zu halten, die unbedeutendsten und prinziplofesten zu beseitigen und es den Freunden der übrigen anheimzustellen für jeden derselben zwei Redner unter sich zu erwählen. Immerhin blieben auch so noch 9 Anträge übrig und 18 Redner sprachen für sie noch zwei Tage lang. Dann ergriff zum Schluß nach sechstägiger Verhandlung, am 24. Juni, auch Heinrich von Gagern das Wort. Aus diesem Labyrinth meinte er nur einen Ausweg zu finden: mit kühnem Griffe müsse die Versammlung selbst eine hochstehende Person, nicht weil, sondern obgleich sie fürstlichen Blutes sei, erwählen; niemand zweifelte, daß auch er auf den Erzherzog Johann ziele. Die Rede machte gewaltigen Eindruck und dennoch schien sie ins Leere zu fallen; denn nun begann noch einmal und dauerte zwei Sitzungen hindurch ein unbeschreibliches Ringen über die Fragestellung, über die Zulassung neuer Vorschläge, über persönliche Angriffe und Verdächtigungen, ein Tisteln und Spalten, ein Donnern und Rasen, dem an Langweiligkeit und dann wieder an Maßlosigkeit und Unbändigkeit nichts gleichkam, was Deutschland bis dahin erlebt hatte. Endlich am 28. Juni kam es zur Abstimmung, und nun erst zeigte sich die Wirkung von Gagerns Rede; mit 403 gegen 135 Stimmen sprach sich die Versammlung das Recht zu selbst den Reichsverweser zu ernennen. Die Wahl erfolgte am nächsten Tage; ihr Ausgang unterlag zum voraus keinem Zweifel; 436 von 548 Mitgliedern ernannten den Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser; von den Stimmen der

Gagerns
kühner Griff.

Erzherzog
Johann
Reichsverwe-
ser.

Minderheit fielen 52 auf Gagern, 32 auf Jßstein, 1 auf Erzherzog Stephan; 27 enthielten sich der Wahl. Während nun sieben Abgeordnete sich nach Wien aufmachten um den Erfohrenen zur Annahme des Amtes einzuladen, beglückwünschte auch der Bundestag zum großen Verdruß der Linken ihn noch am selben Tage in einer Adresse und fügte hinzu, daß die Regierungen schon vor stattgehabter Wahl ihre Zustimmung erklärt hätten. Da auch Kaiser Ferdinand seine Einwilligung sofort aussprach, zögerte der Erzherzog nicht mit der Annahme. So vereinigte sich in seiner Person zeitweilig die höchste Macht in Deutschland und in der westlichen Hälfte der österreichischen Monarchie; denn schon seit dem 16. Juni war er, wie früher erzählt, zum Stellvertreter des Kaisers erhoben. Am 11. Juli hielt er seinen feierlichen Einzug in Frankfurt, übernahm am nächsten Tage in der Paulskirche auf Grund des Gesetzes vom 28. Juni die Reichsverweserschaft, erklärte, daß er den Kaiser ersucht habe ihn nach der Eröffnung des österreichischen Reichstages von der dortigen Stellvertretung zu entheben, und begab sich darauf in die Bundesversammlung um diese nunmehr aufzulösen.

Auflösung
der Bundes-
versammlung.

Es war eine sehr vollzählige Körperschaft, die ihn in der Eschenheimer Gasse empfing. Denn schon vor der Eröffnung des Parlamentes hatten sich auf Anregung des Herzogs von Meiningen viele der kleineren Regierungen entschlossen besondere Vertreter nach Frankfurt zu entsenden, und da sie nur Männer von liberaler Gesinnung dazu erkoren, da auch die größeren Regierungen zum Teil schon früher Männer der neuen Zeit zu ihren Gesandten bestellt hatten, so bot dieser Kreis, dem Schmerling, Uedom, Welder, Jordan, Stockmar, Smidt und andere Namen ähnlichen Klanges angehörten, einen Anblick dar, wie man ihn ein halb Jahr früher für unmöglich gehalten haben würde. Auch verdiente die Thätigkeit, welche die Versammlung seit ihrer Umgestaltung entwickelt hatte, alle Anerkennung. Trotz der hämischen Angriffe, mit denen die Linke sie unausgesetzt überschüttete, hatte sie mit großer Beflissenheit das beste Verhältnis zur Nationalversammlung zu wahren gesucht und in der schleswig-holsteinschen, der böhmischen und vielen anderen Angelegenheiten rasche Thätigkeit entwickelt. Daß trotzdem ihr Scheiden ohne Kummer begrüßt wurde, lag in der Natur der Sache; alle Gemäßigten wandten sich mit ihren Hoffnungen jetzt dem Reichsverweser zu. Mochte die Linke ihn auch öffentlich in der taktlosesten Weise behandeln, mochte ihn Robert Blum in vertrauten Kreisen nicht ohne Scharfblick als den Reichsvermoderer verspotten, die große Mehrheit des Volkes betrachtete ihn wirklich als die beste Wahl, die man hätte treffen können. Daß er auf eine Verständigung mit der Linken von vornherein verzichtete, bewies er durch die Ernennung seiner Minister: für das Innere und Äußere Schmerling, für die Justiz Heckscher von Hamburg, beides Männer, welche in den Verhandlungen des Parlamentes schon auf das Persönlichste mit den Radikalen zusammengestoßen waren; der Kriegsminister, ein Preuße, General von Peucker, gehörte der Versammlung

Das Reichs-
ministerium.

überhaupt nicht an. Vervollständigt wurde das Kabinett erst im August, nach der Rückkehr des Reichsverwesers aus Wien. Schmerling gab das Äußere an Heckscher, dieser die Justiz an Robert von Mohl aus Baden ab; den Vorsitz übernahm der Fürst von Leiningen, die Finanzen Beckerath, den Handel Duckwitz von Bremen, der wie Peucker nicht Mitglied des Parlamentes war. Unter den Unterstaatssekretären ragten Mevissen, Mathy und Bassermann durch Einfluß und Tüchtigkeit hervor. So entsprach die Zusammensetzung des Kabinetts vorzugsweise dem Standpunkte des rechten Centrums, das bei etwa 120 Mitgliedern unter den Parteien, die nach und nach festere Form gewannen, die stärkste war. Im „Casino“, wo es sich versammelte und nach dem es genannt wurde, fand man die meisten der durch Gelehrsamkeit und besonnenen Freisinn ausgezeichneten Männer des Hauses, die Dahlmann, Arndt, Grimm, Droysen, Duncker, Waitz, Beseler, Bassermann, Simson, Mathy, Mevissen, Beckerath, überwiegend Norddeutsche. Anfang September zweigte sich von ihnen der „Landsberg“ ab, etwa 40 Männer von weniger bekannten Namen, bis auf drei Bayern lauter Norddeutsche, der redegewandteste von ihnen Wilhelm Jordan. Fast unmerklich war der Abstand, der sie vom linken Centrum trennte, das auch in zwei Gruppen zerfiel, den Augsburger Hof, dem Robert von Mohl, Biedermann, Riesser angehörten, und dem Württemberger Hof, zu dessen bekannteren Namen Mittermaier, Giskra, Stremayr, Gumbrecht zählten. Auch diese beiden Gruppen hatten jede etwa 40—50 Mitglieder und kamen erst mit dem Landsberg zusammen an Stärke dem Casino gleich. Auf beide Centren durfte man mit den zahlreichen Wilden, die zu ihnen hielten, gegen 300 Stimmen, d. h. eine schwache Mehrheit, rechnen. Gegen 200 Mitglieder standen links vom linken Centrum; doch war auch hier kein schroffer Abstand. Mit der Westendhalle, wo unter den 42 Mitgliedern Raveaux, Bischer, Benedey genant werden mögen, gab es vielfache Anknüpfungspunkte, und ebenso mit deren Seitenzweig, dem Nürnberger Hof, in dem Kolb von Speyer und Löwe von Kalbe hervorragten. Erst mit dem Deutschen Hause und dem Donnersberg, den beiden Fraktionen des äußersten Radikalismus, wo Karl Vogt und Ruge, Biz und Wesendonck den Ton angaben, hörte jede Verständigung auf. Einfacher als nach links hin grupperten sich die Mitglieder auf der Rechten, die auch an Zahl kaum ein Drittel so stark war wie die Republikaner. Bei ihnen war das Café Milani, später der Englische Hof, der Sitz der protestantischen Norddeutschen, wo Georg Vincke den Ton angab, und neben ihm der Graf Schwerin und die späteren Reichsminister Grävell und Detmold zu nennen sind; während in dem Steinernen Hause der Katholizismus, die Döllinger und Vasault, aber auch die Radowiz und Lichnowski ihr Hauptquartier hatten. Nicht auf einmal gestaltete sich diese weitgetriebene Gliederung der Parteien, noch blieb sie, einmal eingetreten, von dauerndem Bestande; selbst in Beschränkung auf die zweite Hälfte des Jahres 1848 darf diese Übersicht daher nur als all-

Die Partei-
bildung im
Parlament.

gemeine Charakteristik gelten, die für jeden einzelnen Moment verschiedenartigen Abänderungen zu unterwerfen wäre.

Beratung
der Grund-
rechte.

Die Hauptarbeit, welcher sich die Versammlung nunmehr und zwar seit dem 3. Juli widmete, galt der Feststellung der sog. Grundrechte. Der Verfassungsausschuß hatte es für geraten gefunden über diesen Teil seines Werkes abgefordert Bericht zu erstatten; in 12 Artikeln und 48 Paragraphen hatte er die wichtigsten Bestimmungen über ein allgemeines deutsches Bürgerrecht, über Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Presse, des Glaubens, der Wissenschaft, des Vereinswesens, über Unabhängigkeit der Rechtspflege und Selbständigkeit der Gemeinden, sowie über die Notwendigkeit einer Volksvertretung in den Einzelstaaten zusammengefaßt. Man glaubte in nicht gar langer Zeit mit der Beratung zu Ende zu kommen; der Präsident selbst meinte in drei Wochen fertig zu werden. Aber nun begann aufs neue die Redewut und der unendliche Strom der Änderungsvorschläge; die letzteren schätzte ein Redner schon am vierten Tage auf 350 und prophezeite nach dem bisherigen Maßstabe 4380 Reden für die Gesamtverhandlungen, deren Schluß voraussichtlich im April 1850 stattfinden werde. Ganz so schlimm ward es nun freilich nicht; aber aus Gagerns drei Wochen waren doch schon über drei Monate geworden, als man am 13. Oktober mit der ersten Beratung (und auch das noch unter Zurückstellung von neun Paragraphen) zu Ende gekommen war und in die zweite Lesung eintreten konnte.

Die Einzel-
regierungen.

Hannover.

Allerdings war nicht die ganze Zeit ausschließlich den Grundrechten gewidmet worden; auch die Konflikte mit der Centralgewalt und mit den Einzelregierungen hatten viel Zeit verschlungen. Unter den letzteren wagte es Hannover zuerst der Nationalversammlung Trotz zu bieten; denn hier war nicht der König allein widerwillig der Strömung der Zeit gefolgt, sondern auch Stüve, sein leitender Minister, der den zweifellosesten Liberalismus mit einem ausgeprägten hannoverschen Sonderstandpunkte zu verbinden wußte, ertrug ungeduldig die Herrschaft der Frankfurter Versammlung. Die Anerkennung des Reichsverwesers ward daher am 7. Juli mit einer scharfen Erklärung an die hannoverschen Stände begleitet, worin der König versicherte, er werde keiner Reichsverfassung seine Zustimmung geben, welche nicht die Selbständigkeit der Einzelstaaten genügend verbürge. Das war also die schroffste Auflehnung gegen die Souveränität der Nationalversammlung, die in ihrer ungeheuren Mehrheit keinem Fürsten, am wenigsten aber einem so verrufenen Reaktionär wie dem König Ernst August, das Recht zugestand eine Verfassung, die sie beschlossen, zu verwerfen. Die Linke stellte kurz und gut den Antrag den Rebellen vom Throne zu stoßen; die Mehrheit beschloß wenigstens die unbedingte Anerkennung der Centralgewalt von ihm zu fordern. Nur scheinbar erreichte sie diesen ihren Willen; der hannoversche Gesandte in Frankfurt leistete die Anerkennung, aber ohne ausdrücklichen Auftrag seines Monarchen; wie wenig damit gewonnen sei, ersah man

schon daraus, daß die hannoversche Armee nicht angehalten wurde dem Reichsverweser zu hulldigen. Durch eine Verfügung des Kriegsministers war eine solche Hulldigung auf den 6. August für die gesamte frühere Bundesarmee befohlen worden; allein nur in Sachsen, Württemberg und den Kleinstaaten ward diesem Befehle gehorcht. In Oesterreich kümmerte man sich gar nicht darum; in Preußen befolgte man ihn nur in den Bundesfestungen und suchte sich mit allerlei Umschweifen herauszureden. Das Reichsministerium besaß nicht die Kraft seinen Willen zu erzwingen und stellte sich befriedigt. Es besaß aber auch nicht die Klugheit das Verhältnis zu den Einzelstaaten durch eigenes Vorgehen zu bessern. Mit Recht wünschte Preußen, damit diesen wenigstens ein beratender Einfluß auf die Centralgewalt ermöglicht werde, aus ihren Vertretern beim Reichsverweser ein Kollegium von elf Stimmen (darunter drei preußischen und drei österreichischen), eine Art von Bundesrat, zu bilden und dieses in regelmäßige Beziehungen zum Reichsministerium zu setzen. Um das bei der Nationalversammlung durchzusetzen hätte es eines starken Druckes bedurft, und den glaubte das Ministerium nicht anwenden zu können, sondern lehnte am 30. August den Plan ab, der allein noch die nötige Fühlung zwischen der Centralgewalt und den Fürsten herzustellen vermochte. Außerlich bestand einstweilen, besonders zwischen Friedrich Wilhelm IV. und Erzherzog Johann, ein recht gutes Einvernehmen. Ein Fest zur Feier des Dombaus vereinigte beide mit dem Präsidenten und vielen Mitgliedern der Nationalversammlung am 15. August in Köln und es fehlte nicht an gegenseitigen Aufmerksamkeiten; aber mahnend erscholl auch das Wort des preußischen Königs an Heinrich von Gagern: Ich werde nie vergessen, welch ein großes Werk Sie zu gründen berufen sind; aber vergessen Sie auch nicht, daß es in Deutschland Fürsten giebt, und daß ich zu ihnen gehöre. Selbst einem Gagern und den Mittelparteien gegenüber war diese Mahnung nicht überflüssig; denn während thatsächlich doch die preußischen Waffen das Reich nach außen auf den blutigen Feldern Schleswigs vertreten mußten, betrachtete die Mehrheit des Parlamentes sich selbst vom Standpunkte des Revolutionsrechtes als die allein maßgebende Gewalt und mißkannte völlig die wirklichen Verhältnisse. Der Zusammenstoß, der daraus hervorgehen mußte, stand näher vor der Thür, als man ahnte.

Die Hulldigung des Heeres.

Preußen.

Das Kölner Dombaufest.

Preußen und der schleswig-holsteinsche Konflikt.

Unmittelbar nach dem Zusammentritte des deutschen Parlamentes hätte man fürchten können, daß zwischen ihm und der preußischen Nationalversammlung, die nur vier Tage später, am 22. Mai, in Berlin eröffnet wurde, Mißhelligkeiten ausbrechen möchten. Beide Versammlungen waren aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen; an demselben Tage hatten die Urwähler ihre Wahlmänner zu dem einen und zu dem anderen Zwecke erkoren. Galt auch im allgemeinen die Sendung nach Frankfurt

Die Berliner Nationalversammlung.

für die ehrenvollere und wichtigere, so mußte doch den Berliner Vertretern die Frage sehr nahe liegen, wodurch denn die Frankfurter Versammlung bei genau demselben Ursprung eine höhere Weihe und höhere Macht erhalten habe; der preussische Sondergeist, der gefährlichste von allen, konnte sich leicht durch Maßnahmen des deutschen Parlamentes verletzt fühlen und dahin gebracht werden, auf seinem Willen zu beharren, wenn die Frankfurter das Gegenteil beschlossen. Beide Versammlungen waren konstituierende, beide betrachteten sich als souverän in der Vollziehung dieser ihrer Aufgabe; beide schlossen sich daher streng genommen gegenseitig aus, und es war ein sehr begreiflicher Wunsch des Frankfurter Parlamentes, daß die Preußen nicht früher an die Ausarbeitung ihrer Verfassung gehen sollten, als bis die Verfassung des Reiches vollendet sei. Aber es war doch zugleich ein unerfüllbarer Wunsch; Preußen konnte nicht warten; und dieser Einsicht verschloß man sich denn auch in Frankfurt nicht. Man begnügte sich damit am 27. Mai den Satz auszusprechen, daß alle Einzelverfassungen, auch die, welche jetzt erst begründet würden, nur so weit gültig seien, wie sie mit der künftigen Reichsverfassung übereinstimmten. Die Berliner Nationalversammlung wandte gegen diesen Beschluß nichts ein und so konnte die heikle Frage im Grundsatz als geordnet betrachtet werden.

Die Vereinbarung der Verfassung.

Aber auch thatsächlich verlor sie ihre Gefährlichkeit mehr und mehr dadurch, daß der Berliner Versammlung ihr souveräner und konstituierender Charakter seitens der Regierung mit Ausdauer bestritten wurde. Anerkannt war er von dieser Seite niemals. Schon in der Benennung, welche die Versammlung amtlich führte, ward ihr nur das Recht die Verfassung mit der Regierung zu vereinbaren zugestanden. Allerdings bekämpfte die Linke diesen Standpunkt, aber die Mehrheit der Versammlung ließ ihn doch zu, indem sie schon am 30. Mai bei der Beratung der Geschäftsordnung den Antrag abwies sich selbst als Konstituante zu bezeichnen und dem Könige das Recht der Auflösung abzusprechen. Die Linke verfügte in ihren verschiedenen Schattierungen über höchstens 120 Stimmen; manch hervorragendes Talent stand ihr zu Gebote; neben Johann Jacoby, der einen bekannten politischen Namen mitbrachte, schwangen sich besonders Waldeck und Unruh zu Führern empor, jener Westfale, Katholik, Mitglied des höchsten Gerichtshofs und bisher politisch so wenig bekannt, daß die Nationalzeitung seine Wahl als die eines Reaktionärs beklagte. Ähnliche Unklarheit herrschte während der ersten Wochen in bezug auf viele Abgeordnete; die Wähler selbst hatten nicht selten ihre Stimmen ohne volle Kenntnis der politischen Stellung ihres Vertrauensmannes abgegeben. Die bewährteren und bekannteren Politiker waren nach Frankfurt geschickt, und wenn sich gleichwohl auch in der Berliner Versammlung eine beträchtliche Zahl bedeutender Kräfte herausarbeitete, so blieb sie im Verhältnis zu den Unfähigen und Ungeeigneten doch immer klein. Die gelehrten Stände waren sehr stark vertreten; an 100 Juristen, 80 Geistliche und Lehrer, ebensoviel

Die Parteien.

sonstige Beamte; andererseits freilich auch gegen 100 Bauern und Handwerker, so daß der Großgrundbesitz, der Handel und die Industrie, das große Kapital überraschend schwach vertreten waren. Damit war denn auch die Schwäche der konservativen Partei gegeben und der Schwerpunkt in die Centren gerückt. Diesen aber fehlte es an einflußreichen Führern; die Opposition vom Vereinigten Landtage saß teils in Frankfurt, teils im Ministerium. Von diesem mußte die Leitung ausgehen, wenn die Mittelparteien die Stellung behaupten wollten, die ihnen der Zahl nach zukam. Das Ministerium aber befand sich in einer höchst bedenklichen Lage. Wollte es die Versammlung an sich fetten, so mußte es die aufgeregte Stimmung der Berliner Bevölkerung und die Ansprüche, welche diese an die Volksvertretung stellte, berücksichtigen. Die Zeit war noch nicht gekommen und die Mehrheit besaß in sich selbst nicht Kraft genug um dem Unwillen des souveränen Volkes Trotz zu bieten. Trug das Ministerium aber dieser Thatsache Rechnung, so verdarb es seine Stellung zum Könige. Friedrich Wilhelm hatte in den Tagen der Revolution mit nichten eine innere Umwandlung vollzogen; er war ganz und gar der alte, und der gesamte Liberalismus, wie er jetzt am Ruder war, galt in seinen Augen für nichts als für die verkörperte Sünde und den schrecklichsten Abfall von Gott. Er glaubte einer großen europäischen Verschwörung erlegen zu sein; er fürchtete einen neuen Anlauf derselben, und lieber als sich zum zweitenmale beugen wollte er das „treue, rache-schnaubende Landvolk“ aufbieten und die Verschwörer mit starker Hand demütigen. So hatten die Minister vor ihm einen schweren Stand. Nur Camphausen etwa und Schwerin fanden Gnade in seinen Augen; die anderen erklärte er für Feiglinge, die jedesmal ihre Entlassung forderten, wenn er nicht nachgeben wolle; Heinrich von Arnim mißhandelte ihn förmlich. Hätte die Nationalversammlung sich in einer entgegenkommenden Sprache auf die Thronrede, mit welcher der König sie eröffnete, vernehmen lassen, so würde das die Stellung des Kabinetts auch dem Monarchen gegenüber befestigt haben; vollends nachdem der Antrag auf eine solche Adresse von dem Berliner Abgeordneten Duncker einmal gestellt war, mußte das Ministerium dringend die Annahme wünschen; denn jetzt erschien die Ablehnung allerdings wie ein Mißtrauensvotum. Trotzdem schwankte das linke Centrum in seinem Entschluß, und erst als die Minister Hansemann und Camphausen mit ihrem Rücktritt drohten, wurde der Erlaß einer Adresse beschloffen und ein Ausschuß mit dem Entwurf betraut. Noch hatte dieser sein Werk nicht vollendet, als die Linke mit einem kecken Streiche dazwischen fuhr. Wenn die Adresse notwendigerweise eine Anerkennung des Königs und des Ministeriums enthalten mußte, so sollte die Mehrheit vorher auch die Souveränität des Volkes anerkennen, indem sie genötigt wurde die Märztage als die Grundlage ihres Daseins zu verherrlichen, was sie, wie man auf der Linken glaubte, dem Berliner Volke gegenüber schwerlich verweigern konnte. So stellte denn der Abgeordnete Berends am 8. Juni

Das Mini-
sterium.

Der König.

Die Adress-
frage.Antrag
Berends.

den Antrag: in Anerkennung der Revolution zu erklären, daß sich die Märzkämpfer um das Vaterland verdient gemacht hätten. Allein der Anschlag mißglückte. Nach zweitägiger Verhandlung beschloß die Versammlung auf den Antrag von Zacharias mit 19 Stimmen Mehrheit zur Tagesordnung überzugehen, da ihre Aufgabe nicht sei über die unbestrittene Bedeutung der Märzereignisse, denen man in Verbindung mit der königlichen Zustimmung die staatliche Neuordnung verdanke, historische Urtheile zu fällen, sondern vielmehr die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Das war also eine vollständige Niederlage der Linken, eine Anerkennung der königlichen Mitwirkung, eine Anerkennung der Vereinbarungslehre. Wäre der Ausgang ein anderer gewesen, so hätte der König, der von Unwillen über die „Freiheit“ der Linken übermeistert war, einen völligen Bruch nicht gescheut. Auflösung der Versammlung, Entlassung des Ministeriums, Umlagerung von Berlin, das waren die Pläne, die ihm durch den Kopf schossen. Auch der Sieg der Gemäßigten beruhigte ihn keineswegs; nahe genug lag die Beforgnis, daß jetzt ein neuer Aufstand ausbrechen werde. Lärmende Volkshaufen hatten während der Verhandlungen das Gebäude der Singakademie, wo die Versammlung tagte, umwogt, und einzelne Abgeordnete und Minister wie der Prediger Sydow und Heinrich von Arnim waren thätlich mißhandelt worden. In den nächsten Tagen wuchs die Aufregung beständig; die Bürgerwehr machte Miene für die Erhaltung der Ruhe einzutreten; um so lauter forderten die Wühler Waffen für das eigentliche „Volk“ und kündigten unverhohlen einen Sturm auf das Zeughaus an. Trotzdem verabsäumte die Regierung das wichtige Gebäude genügend zu schützen, und als in der Nacht vom 15. zum 16. Juni die Massen in dasselbe eindrangten, ward es von der Besatzung ohne Widerstand geräumt. Der Triumph dauerte allerdings nur wenige Stunden, aber für das Ministerium war das Ereignis doch eine schwere Niederlage. Der Kriegsminister Graf Canitz mußte sofort zurücktreten und seine Kollegen folgten ihm am 25. Juni. Nur Hansemann blieb auf seinem Posten; den Vorsitz übernahm an Camphausens Stelle Rudolf von Auerswald; für Canitz war der General Schreckenstein eingetreten; die übrigen Ministerien erhielten Milde, bisher Präsident der Nationalversammlung und als solcher nunmehr durch Grabow ersetzt, Rodbertus, Märker, Gierke und Rühlwetter. Das neue Kabinett sah seine dringendste Aufgabe darin für die Ruhe Berlins zu sorgen, und die Einrichtung des Instituts der Schutzleute diente diesem Zwecke mit bestem Erfolg. Es war aber nicht minder beflissen, die öffentliche Meinung zufrieden zu stellen und kam der Linken bedeutend weiter entgegen als seine Vorgänger. Diese hatten am Tage des Zeughaussturmes auch in der Nationalversammlung eine empfindliche Niederlage erlitten; trotz ihrer Einsprache gegen solchen „Zeitverlust“ ward der Verfassungsentwurf auf den Antrag Waldeck's und Wachsmuth's, eines Mitgliedes der Rechten, einem Ausschuß überwiesen, welcher seine Mängel ausfüllen und verbessern sollte.

Der Zeughaussturm.

Ministerium Hansemann.

Der Verfassungsausschuß.

Das neue Kabinett nahm diesen Beschluß an und versprach überdies wichtige Vorlagen über die Bürgerwehr und die Aufhebung der Steuerfreiheiten des Adels, besonders aber eine neue Gemeindeordnung, die Balbeck für wichtiger als selbst die Verfassung erklärt hatte. Auch mit dem Könige wußte es sich besser zu stellen; dieser meinte wohl, er komme sich jetzt vor wie im Himmel. Sehr unerfreulich gestaltete sich aber das Verhältnis zu Frankfurt. Dort vollzog sich eben jetzt die Bildung des Reichsministeriums. Einer Reihe hervorragender Preußen wurden Sitze in demselben angeboten; Camphausen sollte den Vorsitz führen, Beckerath das Auswärtige übernehmen. Sie lehnten ab, und ebenso zerschlug sich eine Zusammensetzung Stockmar-Bunsen, die gleichfalls für Preußen sehr annehmbar gewesen wäre. Statt dessen erhielt Leiningen die Leitung und nur der Kriegsminister Beucker und Beckerath, der schweren Herzens die Finanzen übernahm, vertraten das preußische Volk im Räte des Reichsverwesers. Über die schwierige Frage der Huldigung kam man, wie erzählt worden, noch so leidlich hinweg, und die Begegnung des Königs mit dem Reichsverweser bei dem Kölner Feste verlief glatt genug. Aber ein viel ernsthafterer Gegensatz bestand daneben fort und konnte nicht lange in der Schwebe bleiben. Er bezog sich auf die schleswig-holsteinsche Sache, und deren müssen wir deshalb hier rückgreifend gedenken.

Stellung zu
Frankfurt.

Schon Anfang April 1848 war es zwischen den Dänen und schleswig-holsteinschen Truppen, die, verstärkt durch Freiwillige aus den Herzogtümern und dem übrigen Deutschland, sich für die Sache ihres Heimatlandes erklärt hatten, zu blutigen Kämpfen gekommen. Die Gegend nördlich von Flensburg zu verteidigen war unmöglich, da von Alsen aus beständig die Rückzugslinie bedroht wurde. Aber auch die Stellung um Flensburg mußte am 9. April nach dem verlustreichen Kampfe bei Bau und Grusau preisgegeben werden und nur der eilige Rückzug auf die Eiderlinie rettete die Schleswig-Holsteiner vor der Vernichtung durch die Übermacht: schon am 11. April wehte der Danebrog wieder in der Stadt Schleswig. Aber mittlerweile waren auch die preußischen Truppen und das zehnte Bundeskorps zahlreich genug in Holstein angelangt um zum Angriff übergehen zu können. General Wrangel, der sie führte, richtete an die dänischen Heerführer die Aufforderung Schleswig zu räumen und erzwang diese Forderung durch siegreiche Kämpfe am Danevirke bei Schleswig am 23. und Oversee am 24. April; acht Tage später stand er an der jütischen Grenze. Hätte sich Dänemark weiterer Feindseligkeiten gegen Deutschland enthalten, so würde er an der Königsau Halt gemacht haben. Allein die Beschlagnahme und Aufbringung deutscher Schiffe, sowie die Blokade der Häfen in der Ost- und Nordsee machten weitere Schritte nötig. Am 2. Mai besetzte er Südjütland mit der Festung Friedericia und schrieb eine starke Geldzahlung aus zur Vergeltung für die dem deutschen Handel zugefügten Nachteile. Von diesem Zeitpunkte ab wurde jedoch die Entschlossenheit der Kriegsführung

Der Krieg in
Schleswig-
Holstein.

Einmarsch
der Preußen.

Einmarsch in
Jütland.

durch die Einmischung der fremden Diplomatie gelähmt. Besonders ungeberdig benahm sich Zar Nikolaus, der es seinem königlichen Schwager nicht verzeihen wollte, daß er sich in den Dienst der Revolution gestellt habe, und der sogar dessen Bruder, dem Prinzen von Preußen, als derselbe noch in London war, den Antrag machte mit russischen Truppen auf Berlin zu marschieren und die demokratische Wirtshaft daselbst über den Haufen zu werfen. England war weniger entschieden, aber doch unzweifelhaft den Dänen geneigt; die Frankfurter Centralgewalt erkannte keine der Großmächte an; zu Dänemarks Gunsten erhob sogar Schweden seine Stimme gegen Preußen. Alle verlangten mindestens die Räumung Jütlands, und die Gesandten der Großmächte in Kopenhagen richteten sogar unmittelbar an Wrangel die Forderung sich zurückzuziehen. Natürlich lehnte der General das ab, sofern nicht Dänemark die schleswigische Insel Alsen räume, die gefaperten Schiffe zurückgebe und die Blokade aufhebe. Das preußische Kabinett und der Bundestag billigten auch dieses Verhalten, aber Ende Mai erging doch von Berlin der Befehl zum Rückzug. Die Dänen drangen sofort nach und griffen außerdem von Alsen aus die unter Halkett in Sundewitt stehenden Hannoveraner an. Auch diese Halbinsel mußte nach dem Gefecht bei Mübel am 28. Mai vorübergehend geräumt werden; doch erzwangen die Generale Bonin und Halkett schon am 5. Juni bei Düppel von neuem den Besitz, während der Bajer von der Tann am 7. mit seiner Freischar ruhmvoll und glücklich bei Hoptrup (zwischen Hadersleben und Apenrade) kämpfte, so daß Ende Juni nach einem Gefechte bei Hadersleben das Land bis zur Königsau wieder von den Dänen gesäubert war.

Rückzug
Wrangels.

Diplomatische
Verhandlungen.

Unterdessen waren in London eifrige Verhandlungen gepflogen, bei denen Lord Palmerstons Haltung den deutschen Forderungen nicht eben ungünstig war. Dänemark verlangte, daß während des Waffenstillstandes die vorläufige Regierung und das schleswig-holsteinsche Heer aufgelöst und ein Ersatz für beides in Schleswig durch den König von Dänemark, in Holstein durch den Bund geschaffen werde; England dagegen empfahl das Land in der Zwischenzeit völlig sich selbst zu überlassen und begünstigte den Eintritt Schleswigs in den Bund mit der Einschränkung, daß den nördlichen Bezirken bei freier Abstimmung der Anschluß an Jütland zugestanden werde. Dem widersetzte sich Dänemark hartnäckig und erreichte zunächst so viel, daß die weiteren Verhandlungen unter schwedischer Vermittlung in Malmö stattfanden, wohin der König von Preußen den General von Below entsandte. Friedrich Wilhelm sehnte sich lebhaft nach dem Frieden, da ihm die Sache der Herzogtümer täglich mehr in revolutionärem Lichte erschien und er überdies befürchtete, daß die Drohungen des Zaren und die Erbitterung des deutschen Volkes zum Krieg mit Rußland führen könnten. Entschlossen in diesen niemals zu willigen, bedurfte er militärischer Kräfte zu seinem Schutz, ein Grund mehr die baldige Rückkehr der Garden vom Kriegsschauplatz zu wünschen. So ließ er sich also Ende Juni auf die Verhandlungen in

Malmö ein. Sie zogen sich, einmal bereits abgebrochen, dann in Bellevue bei Kolding wieder aufgenommen, mehrere Wochen hin und ergaben schließlich am 19. Juli ein Einverständnis, dessen wesentlichen Inhalt ein dreimonatlicher Waffenstillstand, die beiderseitige Räumung der Herzogtümer, die Teilung der schleswig-holsteinschen Armee in eine schleswigische und eine holsteinsche und die Ersetzung der vorläufigen Regierung durch eine von Dänemark und Preußen gemeinsam zu ernennende Behörde bildeten. Da nun aber Preußen den Krieg namens des Bundes führte und der Bundestag seit dem 11. Juli nicht mehr bestand, war die Zustimmung des Reichsverwesers und des Parlamentes erforderlich. Letzteres hatte sich wiederholt mit großer Entschiedenheit zu Gunsten der Herzogtümer ausgesprochen und bereits am 9. Juni erklärt, es werde keinen Frieden genehmigen, der die Rechte der Schleswiger und die Ehre Deutschlands schädige. Auch das Reichsministerium war von dem größten Eifer beseelt; es hatte auf das Gerücht von den Malmöer Verhandlungen die süddeutschen Regierungen zu Truppensendungen nach dem Norden aufgefördert und im Parlamente erklärt, der Krieg müsse fortan mit Reichstruppen und Reichsgeldern geführt werden. Aber trotzdem erteilte Erzherzog Johann am 7. August mit einigen Einschränkungen den Verhandlungen von Bellevue seine Zustimmung, und die Verhandlungen begannen darauf in Malmö von neuem. Auch die Reichsgewalt ordnete in der Person May von Gagerns einen Vertreter dazu ab; aber die Dänen weigerten sich so hartnäckig mit ihm sich einzulassen, daß auch Preußen endlich darauf verzichtete. Das verbesserte nun freilich die Stimmung zwischen Berlin und Frankfurt nicht und vollends die weiteren Zugeständnisse, zu denen sich Preußen in dem Vertrage von Malmö am 26. August 1848 herbeiließ, erregten in Frankfurt das größte Mißfallen. Die Dauer des Waffenstillstandes ward auf 7 Monate verlängert, also der Winter, wo die dänische Flotte wenig Schaden konnte, hineingezogen worden und Deutschland nach Dahlmanns bitterem Wortspiel geradezu in den April geschickt. Außerdem sollten alle seit dem März in Schleswig-Holstein erlassenen Gesetze und Verordnungen außer Kraft gesetzt und zum Präsidenten der gemeinschaftlich ernannten Regierung Graf Karl Moltke, einer der verhaßtesten Dänenfreunde, erkoren werden. Diese Nachrichten riefen in Frankfurt ebenso große Bestürzung wie Erbitterung hervor. Hatte man die Mittel sich dem Willen Preußens zu widersetzen? und konnte man andererseits mit Ehren bestehen, wenn man diesen Abmachungen zustimmte, wenn man die Regierung in Rendsburg preisgab und die deutschen Truppen aus deutschem Bundesgebiete zurückzog? Unterwerfen Sie sich jetzt beim Anblick der Gefahr, so rief Dahlmann entriistet den Schwankenden zu, dann werden Sie Ihr ehemals so stolzes Haupt nie wieder erheben, denken Sie an meine Worte: nie! Den Ernst der Lage verkannte wohl niemand im ganzen Parlament. Als das Ministerium am 4. September den Wortlaut des Vertrages mittheilte, wurde auf Antrag von Waitz binnen 24 Stunden ein Aus-

Der Waffenstillstand von Malmö.

Die Opposition in Frankfurt.

Die September-
tage.

Schlußbericht über die Sachlage erfordert. Dahlmann erstattete ihn und verlangte, daß die Ausführung des Vertrages eingestellt werde. Es gab einen heißen Kampf im Parlamente; die gesamte Linke, die ihn so oft geschmäht und verspottet, scharte sich unter Dahlmanns Fahne; aber die eigene Partei erklärte sich in großer Mehrheit wider ihn und das Ministerium drohte mit seinem Rücktritt, wenn der Antrag durchgehe. Dennoch, und obgleich Preußen mittlerweile den Vertrag schon bestätigt hatte, fand sich eine knappe Mehrheit von 17 Stimmen für die Verwerfung, und Dahlmann als der Führer der bunt zusammengewürfelten Majorität sollte nun ein neues Ministerium bilden. Aber wie das anfangen? Aus der Linken, mit der er nichts gemein hatte, konnte er sich seine Kollegen nicht wählen, seine eigenen Gesinnungsgenossen verweigerten, wie sie nicht anders konnten, ihm ihren Beistand. Nach drei sorgenvollen Tagen mußte er dem Reichsverweser die Unausführbarkeit des Auftrages, der ihm geworden, anzeigen. Nicht glücklicher war ein Versuch des Abgeordneten Hermann aus München; das Ende war also die Rückkehr des früheren Ministeriums, aus dem jedoch Leiningen schied, während Schmerling den Vorsitz übernahm. Nicht einmal der Beschluß vom 5. September war in dieser Verwirrung ausgeführt worden; wenige Tage später ward er ausdrücklich wieder aufgehoben, der Vertrag genehmigt. Die Mehrheit des Ausschusses beantragte zwar auch jetzt noch die Verwerfung, aber wenn auch dieselbe Zahl von Abgeordneten am 16. September für sie stimmte, wie am 5. (238, resp. 236), so waren die Reihen der Gegner in der vollzähligeren Versammlung doch so bedeutend gewachsen (von 221 auf 258), daß der Sieg auf ihrer Seite blieb. Der Ingrim, der sich darob der Linken bemächtigte, war ungeheuer: die Leidenschaftlichsten sannan darauf den Sieg, der ihnen im Parlamente entrisen war, mit Hilfe des Pöbels zurückzugewinnen. Am 17. September, einem Sonntage, veranstalteten sie auf der Pfingstweide eine Massenversammlung, die auf 20 000 Köpfe geschätzt wurde. In den maßlosesten Reden wurde auf die 258 Verräter geschimpft; Zitz, der Abgeordnete von Mainz, forderte die Massen auf „mit Fraktur zu schreiben“; andere Mitglieder der Versammlung, Ludwig Simon, Wesendonck, Schöffel, unterstützten ihn; am nächsten Tage sollte die Überreichung einer Adresse die Gelegenheit bieten das Parlament zu sprengen und die Republik auszurufen. Das Ministerium traf jedoch zu rechter Zeit schützende Vorkehr; österreichische und preußische Truppen wurden aus Mainz herangezogen und die Paulskirche besetzt. Gereizt durch diese neue Enttäuschung, begannen die Republikaner Barrikaden zu bauen ohne doch imstande zu sein sie zu behaupten. Ernstliche Gefahr drohte von diesen wahnwitzigen Versuchen nicht; aber ohne Blutvergießen ging es auch nicht ab. Nicht von den Soldaten allein fanden mehrere ihren Tod, sondern sogar zwei angesehenen Mitglieder der Nationalversammlung, Hans von Auerwald und Fürst Lichnowski, wurden vor dem Friedberger Thor in barbarischer Weise hingschlachtet. Der alte Zahn, der

Der Aufstand
in Frankfurt.

Minister Hecker entgingen kaum demselben Schicksal, und geringeren Mißhandlungen waren — hoffentlich nur durch Verwechslung, wie die Parteigenossen meinten — selbst Mitglieder der Linken ausgesetzt. Diese schmachvollen Böbelszenen erfüllten alle Vaterlandsfreunde mit Scham und Enttäuschung; mahnend riefen wohlwollende Stimmen den Republikanern zu auf ihrem Wege einzuhalten, aus dem Erlebten sich die rechte Lehre zu ziehen. Aber nach einigen Tagen der Bestürzung und Mäßigung schlugen jene den alten Ton ganz wie früher wieder an und traten mit einer Frechheit — kein anderer als der Präsident von Gagern gebrauchte diesen Ausdruck in offener Sitzung — gegen die Mehrheit auf, die dem Langmütigsten das Blut zum Sieden bringen mußte. Schwer litt die ernste geschäftliche Arbeit unter solchen Vorgängen und fast noch schwerer das sittliche Ansehen, dessen die Versammlung zur Lösung ihrer Aufgabe so dringend benötigte. Den Rückschrittmännern aber schwoll das Herz und wuchs der Mut bei jeder neuen Ausschreitung der äußersten Linken. Täglich wurde es offener, daß der Kreis derer, welche noch mit Hoffnung und Vertrauen auf das Parlament blickten, zusammenschumpfe und die Zahl solcher, die sehnüchtig eine starke Regierung zurückwünschten, sich erweitere. Die Vorgänge in den anderen Teilen Deutschlands bewegten sich in derselben Richtung. Baden erlebte eine zweite republikanische Erhebung, die freilich noch kläglicher auslief als die vom April. Hecker stand diesmal nicht an der Spitze; er war wenige Tage vor dem 18. September nach Amerika abgesegelt; die Leiter waren Struve, Löwenfels und Karl Blind. Von Basel aus, wo sie trotz aller Einreden des Reichsministeriums ruhig wohnen durften, brachen sie am 21. September in Baden ein. Lörrach wurde besetzt, das Volk aufgeboten und durch den Schwarzwald bis ins Rheinthal vorgerückt. Aber schon am 24. zerstoben die ungerichteten Scharen bei Staufien vor den Truppen des Generals Hoffmann und der Spuk war zu Ende. Noch weniger hatten die Gärungen und Bewegungen zu bedeuten, die sich in anderen Teilen Deutschlands bemerklich machten; nur an dem Hauptstiege der flachsten Demokratie, in Wien, kam es zu einer Erhebung, die von ernstesten Folgen begleitet war.

Der Aufstand
in Baden.

Die Krisis in Osterreich.

Trotz des Erfolges, den die österreichischen Waffen in der Lombardei errungen, war die Lage des Kaiserstaates seit dem Juli kaum besser geworden. Der Reichstag, der in Wien am 22. Juli zusammen-

Der Reichstag
in Wien.

trat, war eine traurige Versammlung. Er zählte unter seinen Mitgliedern nicht weniger als 92 Bauern, die auf der niedrigsten Bildungsstufe standen und in blindem Hass gegen ihre Unterdrücker, die Gutsherren, aufgewachsen waren. Die alten Geschlechter Osterreichs waren nur sparsam vertreten; die Mehrzahl der Abgeordneten war des Deutschen unkundig. Zu ihrem Vorsitzer erwählten sie einen ganz unfähigen Wiener